

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

INHALT

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen	1
A. LEONIDOW — Die Kolonialstrategie des Labour-imperialismus in Birma	3
N. CHARLAMOW — Die deutschen Patente in den Vereinigten Staaten und England	12
W. KRYMSKI — Die marshallisierte Türkei (Eine Auslandspresseschau)	15
Internationale Umschau (Notizen)	19
J. SWETLOW — In der Mandschurei (Reiseeindrücke) .	20
G. RUBZOW — Auf Kuba (Reisenotizen)	23
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen:	
V. BERESHKOW — Auf frischer Tat erlappte Kriegsbrandstifter	27
N. N. — Eine Extraerfindung der „Stimme Amerikas“	28
Kritik und Bibliographie:	
N. SERGEJEW — Warschaus Wiedergeburt	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32

7

9. Februar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen

Das ECHO der Antworten J. W. Stalins an Kingsbury Smith, den europäischen Generaldirektor der Agentur International News Service, und der ihnen folgenden Weigerung des Präsidenten Truman, einen Friedenspakt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten zu schließen, zeigt klar, welche große Bedeutung die Öffentlichkeit aller Länder dem Problem der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen beimißt.

Die demokratische Öffentlichkeit der ganzen Welt, darunter auch der USA, unterstützte warm die in dem Telegramm Kingsbury Smith' gemachten Vorschläge über den Abschluß eines Friedenspaktes. J. W. Stalins Antworten wurden als eine durchaus passende Grundlage für sowjetisch-amerikanische Verhandlungen eingeschätzt.

Diese Reaktion weiter gesellschaftlicher Kreise hat mit aller Augenscheinlichkeit gezeigt, wie sehr die Menschheit nach einer Gesundung der internationalen Situation lechzt, wie sehr sie die Zerstreuung jener Atmosphäre der Kriegshysterie, der Unruhe und der Ungewißheit wünscht, die von den regierenden Kreisen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten absichtlich geschaffen wird. Die an den Genossen Stalin gerichteten Fragen Kingsbury Smith' widerspiegeln die Stimmungen weiter Kreise Amerikas und der gesamten übrigen Weltöffentlichkeit, die eine Regelung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen mit Recht für einen wichtigen Schritt zur Festigung des Friedens und der Sicherheit hält.

Von den Kriegsbrandstiftern wird eine derartige Perspektive als Katastrophe betrachtet. Die Mitteilung von der Möglichkeit sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen über einen Friedenspakt rief zuerst richtige Bestürzung und Verwirrung und dann auch Wut im Lager der imperialistischen Reaktion hervor. Die Presse der Monopole leitete sofort eine ingrimmige Kampagne gegen den Friedenspakt, gegen sowjetisch-amerikanische Verhandlungen und gegen die sowjetische Friedenspolitik überhaupt ein. Besonders aufgeregt waren die britischen Partner

der amerikanischen Imperialisten. Die Londoner „Times“ erklärte direkte Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR für einen „Umweg“, und die Möglichkeit, ein Abkommen zu erreichen, für eine „Illusion“. Den guten Willen der Sowjetregierung versuchte sie als ein „Propagandamanöver“ hinzustellen. Mit einem Seufzer der Erleichterung nahmen die amerikanischen und britischen reaktionären Zeitungen die Ablehnung des Friedenspaktes durch Truman und die aus diesem Anlaß abgegebene Erklärung Staatssekretär Achesons auf.

Die Leiter der amerikanischen und der britischen Politik haben sich durch diese Ablehnung ganz und gar verraten. In der ausführlichen Erklärung Achesons und in den verworrenen Auseinandersetzungen Trumans gibt es kein einziges einigermaßen überzeugendes Argument.

Das grundlegende und wichtigste Argument — die Behauptung, die Organisation der Vereinten Nationen und ihre Satzung machen einen Friedenspakt überflüssig — ist absolut und für jedenmann ohne Beweiskraft. Unstreitig könnte die Organisation der Vereinten Nationen ein wirksames Werkzeug des Friedens sein. Ihre Satzung sieht zweifellos die Möglichkeit eines effektiven Schutzes der Sicherheit vor. Aber es ist ja für niemand ein Geheimnis, daß diese Organisation bislang nicht in der Lage ist, ihre Hauptaufgabe, die Aufgabe eines wirksamen Werkzeugs der Friedenssicherung, richtig zu erfüllen. Als Beispiel kann der Überfall Hollands auf die Indonesische Republik oder die Okkupation Griechenlands durch amerikanische und englische Truppen angeführt werden. Die Satzung der UNO wird ständig durch Handlungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten verletzt, die bestrebt sind, die UNO als einen Deckmantel ihrer aggressiven Politik auszunutzen. Da ihnen das nicht gelingt, verlangen sie eine Revision der Satzung, und wenn auch das zu nichts führt, nehmen sie Kurs auf die Untergrabung und Zerstörung der Organisation der Vereinten Nationen.

Die Leiter der USA-Politik verhüllen ihre Weigerung, mit der Sowjetunion zu verhandeln, mit der Behauptung, sie wollten nicht außerhalb der Organisation der Vereinten Nationen handeln. Sie halten es jedoch für möglich, hinter den Kulissen der UNO über einen Nordatlantikpakt zu verhandeln, der eine gegen andere Mitglieder der Vereinten Nationen — gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie — gerichtete aggressive Gruppierung darstellt.

Indessen ist klar, daß der Abschluß eines Friedenspaktes der UNO-Satzung nicht im geringsten widerspricht. Im Gegenteil, der Abschluß eines Friedenspaktes würde zweifellos dazu beitragen, das Ansehen dieser Organisation zu heben und sie zu stärken.

Die schwülstigen Treueversicherungen Achesons für die Organisation der Vereinten Nationen, die von ihm beschworene Absicht, nur im Rahmen ihrer Satzung zu handeln, sind nichts als Heuchelei. Er erblickt eine Verletzung dieser Satzung in zweiseitigen Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Friedenspaktes, sieht aber anderseits nicht, wie das Staatsdepartement diese Satzung durch eine ganze Anzahl von Verhandlungen mit verschiedenen Ländern einschließlich Francospaniens über die Bildung aggressiver Militärblocks verletzt.

Wie seltsam steht es um den Gesichtssinn Mr. Achesons! könnte man sagen. Aber es handelt sich nicht um den Gesichtssinn. Die von ihm vertretenen amerikanischen Kreise haben keine Lust, direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion zu führen. Es ist klar warum: wäre es doch das Ziel derartiger Verhandlungen, die Vorbedingungen für einen dauerhaften Frieden zu sichern. Die regierenden Kreise der USA aber hegen, wie die Tatsachen beweisen, Pläne, die mit dieser Aufgabe nichts gemein haben.

In den demokratischen Kreisen der USA und der europäischen Länder wird die Weigerung Trumans, einen Friedenspakt abzuschließen, mit Recht als ein Beweis gedeutet, daß die USA-Regierung nicht daran interessiert ist, die geladene internationale Atmosphäre zu entspannen. Zur Taktik der amerikanischen Imperialisten gehört die Schaffung und Aufrechterhaltung einer Atmosphäre der Unruhe und der Ungewißheit. Sie ist ihr das Mittel, auf die westeuropäischen Länder zu drücken, um diese in das britisch-amerikanische System aggressiver Blocks hineinzuziehen zu können.

Die Sowjetregierung hat wiederholt erklärt, daß sie keine unüberwindlichen Hindernisse sieht, die eine friedliche Zusammenarbeit der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten unmöglich machen

würden. Aber die Vorkämpfer der amerikanischen Aggressionspolitik wollen eine solche Zusammenarbeit nicht. Wäre eine derartige Zusammenarbeit doch ein Hindernis für die geplante gewaltsame Errichtung der Weltherrschaft der USA, für die Expansionsabsichten, für die amerikanische Aggressionspolitik, für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges!

In der kürzlich veröffentlichten Deklaration des Außenministeriums der UdSSR über den Nordatlantikpakt wird die sogenannte „Neuausrichtung“ der Außenpolitik Großbritanniens und der Vereinigten Staaten entziffert als eine Rückkehr

„zu jenem alten sowjetfeindlichen Kurs der Außenpolitik, die sich auf fortwährend versuchter Isolierung der UdSSR aufbaute, zu einem Kurs, den sie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg steuerten und der die Zivilisation Europas fast in die Katastrophe geführt hätte.“

Diese „Neuausrichtung“ der USA-Politik läuft den Verpflichtungen der USA gegenüber der Sowjetunion und gegenüber anderen UNO-Staaten zuwider. Die regierenden Kreise der USA verletzen ihre Nachkriegsverpflichtungen und -abkommen mit der Sowjetunion. Sie entziehen sich einer Lösung des deutschen Problems, weil sie es nicht in einem demokratischen Geist lösen wollen, wie das die Sowjetunion verlangt und wie das im Potsdamer Abkommen vorgesehen war.

Der Nationalrat für amerikanisch-sowjetische Freundschaft weist in einem Schreiben an Truman darauf hin, daß die Lösung der deutschen Frage im Geiste der Vorschläge, die in den Antworten J. W. Stalins an Kingsbury Smith entwickelt sind,

„zur Abschwächung der gegenwärtigen Weltspannung beitragen und eine Atmosphäre schaffen würde, die für die schließliche Beilegung aller anderen wichtigen Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion förderlich sein würde.“

Aber die Regelung der deutschen Frage im Interesse eines dauerhaften demokratischen Friedens gehört nicht zu den Plänen der Monopole, die über die jetzige Politik der USA-Regierung diktatorisch entscheiden.

Die öffentliche Meinung der USA hat aus der Weigerung Trumans, mit der Sowjetunion einen Friedenspakt zu schließen, richtige Schlüssefolgerungen gezogen. Diese Weigerung unterstreicht die tiefe Kluft zwischen den Wahlversprechungen des Präsidenten und der von ihm in Wirklichkeit betriebenen Politik.

Die einfachen Amerikaner begreifen ausgezeichnet, daß die Lösung des Problems, wie ein dauerhafter Friede zu errichten wäre, vor allem auf den Wegen der Verständigung mit der Sowjetunion und der Wiederherstellung der Zusammenarbeit mit ihr gesucht werden muß. Die einfachen Amerikaner sehen, daß Präsident Truman nicht diesen Weg geht. Vito Marcantonio, ein Mitglied des USA-Repräsentantenhauses, hat erklärt:

„Acheson tut alles, was er kann, um die Herstellung eines dauernden Friedens zu verhindern... Achesons Redensarten werden das amerikanische Volk nicht täuschen.“

Arthur Krock, der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“, war in seinen Kommentaren zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zuzugeben gezwungen,

„daß es in den Vereinigten Staaten eine Gruppe gibt, die nachdrücklich für eine ‚Friedenskonferenz‘ Trumans und Stalins eintritt, unabhängig vom Treffort, von den Perspektiven, den früheren Ereignissen und den gemeinsamen Interessen anderer Regierungen, die zu

den Signatarmächten der Vereinten Nationen gehören“.

Offenbar besteht in der Frage der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sogar in den regierenden Kreisen der USA eine andere Meinung als die, an die das Staatsdepartement sich hält.

Die Sowjetunion zieht die Tatsache in Betracht, daß die regierenden Kreise der USA und Großbritanniens eine Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges durchführen. Das Sowjetvolk weiß, daß unser großer friedliebender Staat in dieser Situation noch energetischer, noch folgerichtiger gegen alle und jegliche Kriegsbrandstifter kämpfen wird. Er wird kämpfen gegen die Untergrabung und Zerstörung der Organisation der Vereinten Nationen durch aggressive Elemente und ihre Helfershelfer. Er wird seine Politik fortsetzen, die stets und ständig auf Erhaltung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Völkern und Ländern, auf Konsolidierung des Friedens gerichtet ist. In dieser Politik stützt die Sowjetunion sich auf das Verständnis und den Beistand der Volksmassen in der ganzen Welt, denn die Volksmassen wollen den Frieden.

Die Kolonialstrategie des Labourimperialismus in Birma

A. LEONIDOW

Die Labourführer, die sich eine Reihe von Scheinverdiensten zuschreiben, geben auch vor, den englischen Imperialismus „abgeschafft“ und Teile des Britischen Reiches freigegeben zu haben. Das wird von den heutigen englischen Ministern, Diplomaten und Propagandisten unablässig in allen Tonarten wiederholt. Durch Gewährung des Statuts von Dominions an Indien und Pakistan, durch Zulassung des Ausscheidens von Birma aus dem Britischen Reich, durch Verzicht auf das Palästinamandat und Bestätigung der Unabhängigkeit Ägyptens sowie des Irak, und schließlich dadurch, daß sie dem Mutterland nur seine afrikanischen und mittelamerikanischen Besitzungen bewahren, wollen die Labourführer

das alte Kolonialreich faktisch liquidiert und damit die von England seit Jahrhunderten betriebene Politik grundlegend geändert haben.

Die Theorie von der „Befreiung der Kolonien“ ist dazu ausersehen, eine der größten Betrügereien zu verhüllen und zu vertuschen, die je in der Geschichte des englischen Imperialismus begangen worden sind. Die wirkliche Rolle der Führer des Labourismus besteht darin, daß sie, nachdem sie von ihren konservativen Vorgängern die Zügel des größten Kolonialreiches der Welt übernommen und die Aufgabe erhalten hatten, dieses Reich für die englischen Monopole um jeden Preis zu hüten und zu bewahren, ein ganzes System neuer Methoden der Kolonialunterdrückung geschaffen und in der Praxis angewandt haben. Sie haben die schwarze Fassade des

britischen Imperialismus rosa angestrichen und seine Technik vervollkommen, bemüht, sie den modernen Verhältnissen anzupassen. Sie verzichteten weder auf die Politik rücksichtsloser wirtschaftlicher Ausplünderung der Kolonialvölker noch auf die Doktrin der britischen „Weltstrategie“, weder auf das Prinzip des „Trenne und herrsche“ noch auf die Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche“. Aber sie haben alle diese erprobten Methoden ihrer Vorgänger modernisiert und fortentwickelt, neue Methoden der imperialistischen Tarnung erfunden und eine Labourschule der Kolonialausbeutung begründet.

Für die Methoden, die diese Schule in der gegenwärtigen Situation einer beispiellos zunehmenden nationalen Befreiungsbewegung der Kolonialländer anwendet, liefert die Politik der englischen Labourregierung in Birma ein krasses Beispiel.

II

Laut Vertrag zwischen England und Birma vom 17. Oktober 1947 hat England Birmas völlige Unabhängigkeit anerkannt, seine Truppen aus dem Lande abberufen und für alle Zeiten jegliche Ansprüche auf birmanisches Territorium zurückgezogen. Zum Unterschied von Indien und Pakistan gestattete man Birma sogar, sich nicht als Dominion zu betrachten, ja, die formellen Verbindungen zur British Commonwealth of Nations (Britischen Völkergemeinschaft) abzubrechen. Im Namen der englischen Regierung gab Bevin das feierliche Versprechen ab, Birma bei der Stärkung seiner Unabhängigkeit in jeder Weise zu helfen. Nur ein paar „bescheidene“ Verpflichtungen wurden Birma auferlegt, und zwar sollte es seine alten Schulden an England und Indien in Höhe von 100 Millionen Pfund Sterling anerkennen, eine „angemessene Entschädigung“ für nationalisiertes englisches Eigentum im Lande zahlen und die Dienste keines andern Staates als Englands für die Ausbildung der neuen birmanischen Armee in Anspruch nehmen.

Zwecks „technischer Konsultation“ wurde in der Landeshauptstadt Rangun eine englische Militärmisson zurückgelassen. In dem Vertrag hieß es, unter gewissen Umständen sollten englische Truppen, die Birma oder einem der Commonwealth of Nations angehörenden Lande Hilfe leisten, auf den Beistand und auf erforderliche Dienstleistungen von Seiten Birmas rechnen können; dabei wurde den britischen Streitkräften das Recht auf den Einmarsch in birmanisches Territorium sowie das Recht auf Benutzung birmanischer Häfen und Flugplätze zugesichert.

Die Labourleute erklärten, sie hätten dem birmanischen Volk sein Land zum Geschenk gemacht. Cripps verkündete:

„Wir können alle mit Recht stolz sein auf diese Errungenschaft und auf dieses Beispiel friedlicher Übergabe, das der von Unruhe erfassten Welt geliefert wird.“

Unmittelbar darauf begann eine Geheimoperation zur „unsichtbaren“ Knechtung Birmas.

Die Lenker der englischen Politik dachten nicht einmal daran, die Herrschaft über dieses große und reiche Kolonialland aufzugeben, dessen Fläche fast der Englands und Frankreichs zusammen gleichkommt. Einem geheimen Nachkriegsplan des Generalstabs des Britischen Reiches zufolge, der zum Leitstern für die außenpolitischen Maßnahmen der Regierung Attlee-Bevin wurde, ist Birma ein untrennbarer Bestandteil des sogenannten „großen strategischen Dreiecks des Indischen Ozeans“. Ein Schenkel dieses Dreiecks wird gebildet von der Südafrikanischen Union, den englischen Kolonialbesitzungen in Afrika, dem Sudan, Ägypten, der arabischen Halbinsel und dem gesamten Nahen Osten bis nach Indien hin. Den anderen, östlichen Schenkel bilden Birma, Siam, Malaya, Indonesien und Australien. Das Organ des extremen rechten Flügels der Konservativen und der britischen Militärkreise, die „Daily Mail“, hob am 16. Juni v. J. im Zusammenhang mit den Ereignissen in Birma hervor, das „Dreieck des Indischen Ozeans“ und die dazugehörigen Länder hätten für England lebenswichtige Bedeutung, und fuhr fort:

„Eine Basis hängt von der anderen ab. Wenn eine ausfällt, dann ist das ganze System gefährdet.“

Aber Birma hat für den englischen Imperialismus auch noch eine andere, besondere Bedeutung. In den letzten drei Jahrzehnten ist dieses Land, das über gewaltige und fast noch unangefastete Naturschätze verfügt, zu einer Art Dorado des Kolonialkapitals geworden. Obwohl die englischen Kapitalanlagen in Birma quantitativ bedeutend geringer sind als die in Indien und sogar in dem benachbarten Malaya, ist der Gewinnanteil aus diesen Anlagen riesenhaft.

Für die großen kapitalistischen Gesellschaften in Birma ist es zur Regel geworden, ihr Grundkapital im Laufe einiger Jahre oder sogar Monate herauszuholen. So z. B. hat der Konzern Steel Brothers & Co. in sechs Jahren einen Gewinn von 235 Prozent seiner Kapitalanlagen eingeholt und dazu noch eine kapitalisierte Rente in Höhe von 212 Prozent, also insgesamt 447 Prozent. Die Anglo-Burma Tin Company begann fünf Jahre nach ihrer Gründung 130 Prozent Dividenden zu zahlen. Die Burmah Oil Company (eine englisch-birmanische Erdölgesellschaft)

konnte allein in den Jahren 1931—1935 ihren Aktionären 113 Prozent Dividende und kapitalisierte Rente zahlen; im Jahre 1947 verdreifachte sie ihre Einkünfte. Die Gesellschaft Mawchi Mines Ltd., die die Wolfram- und Zinnvorkommen Südbirmas ausbeutet, hat innerhalb von fünf Jahren (1936—1940) an ihre Aktionäre 472,5 Prozent ausgezahlt, d. h. sie hat mit jedem Jahr das investierte Grundkapital verdoppelt.

Derartige Gewinne gelten selbst in der Welt der Kolonialräuber als Rekorde. Für die englischen Firmen war Birma goldener Boden, ein Kolonialreservat, das der ganzen übrigen Welt verschlossen blieb; ohne besonderen Kostenaufwand und technische Bemühungen scharften sie in diesem Lande Millionen und aber Millionen zusammen. Aus diesem Grunde eben behielt sich auch ein kleiner Kreis englischer Monopolherren, und zwar ihre oberste Spitzenclique, das alleinige Recht auf die Ausbeutung Birmas vor. Nur die mächtigsten und einflußreichsten Geschäftsmacher der City und ihre politischen Handlanger wurden zugelassen.

Faktisch ist Birma bis auf den heutigen Tag Privatbesitz von fünf englischen Gesellschaften, die den Löwenanteil an seinen Naturschätzen, seinen Transportmitteln, seinem Handel und seinem Finanzwesen untereinander aufgeteilt haben. Der Betrag von 50 Millionen Pfund Sterling, der die bedeutendsten Kapitalanlagen Englands in Birma umfaßt, entfällt fast ausschließlich auf diese Firmen. Ihnen sind alle einigermaßen bedeutenden Unternehmungen in jedem beliebigen Wirtschaftszweig untergeordnet. Die kapitalistische Wirtschaft Birmas ist im Grunde genommen Privatbesitz der Inhaber dieser fünf Gesellschaften, denen 17 Millionen rechtloser Landesbewohner gegenüberstehen.

III

Die Londoner Firma Steel Brothers & Co., die Zweigstellen in ganz Asien besitzt, hält den Reishandel — die Haupteinnahmequelle Birmas — in ihren Händen. Von diesem Wirtschaftszweig hängt die Existenz des überwiegenden Teils der bäuerlichen Bevölkerung ab. Birma ist eins der größten Reisexportländer der Welt; der Reisertrag seiner Felder ist um ein Drittel größer als der Indiens. Auf den Reis entfällt fast die Hälfte des Gesamtwerts des birmanischen Exports. Die ärmste Bevölkerung Indiens nährt sich zum großen Teil von Reis, der aus Birma eingeführt wird.

Infolge der ungeheuerlichen kommerziellen Ausbeutung der birmanischen Bauern und der



Werktätigen Indiens ist die Firma Steel Brothers & Co. zu einer der einträglichsten Unternehmungen Englands geworden. Im Jahre 1943 beteiligte sie sich an der tollen Reisspekulation, die die fürchterliche Hungersnot in Bengalien zur Folge hatte und mehrere Millionen Menschen ins Verderben stürzte. Dieselbe Firma besitzt in Birma Baumwollfabriken und Mühlen, Holzkonzessionen und Kautschukplantagen. Einer ihrer Direktoren, Sir John Tait, der Vorsitzende der birmanischen Handelskammer, spielte als Mitglied des birmanischen Senats und als geheimer Drahtzieher des jetzigen Regimes keine geringe politische Rolle.

Die Bombay-Burma Trading Corporation, die dem Londoner Handelshaus Wallace Brothers & Co. gehört, hat in der Holzgewinnung Birmas das Heft in der Hand. Sie gewinnt das meiste Tieholz der Welt. Zwei Drittel des ganzen birmanischen Exports an diesem wertvollen Material entfallen auf die Bombay-Burma Trading Corporation und auf Steel Brothers. Die Agenten der Trading Corporation sind die wahren Herrscher über ganze Bezirke des Landes.

Eine lebenswichtige Verkehrsader Birmas ist der Irawadi, der das Land in nordsüdlicher Richtung durchschneidet und auf einer Strecke von

1440 km schiffbar ist. Fast die gesamte Exportproduktion an birmanischem Reis und Tiekholt wird auf dem Wasserwege befördert. Selbst dieser Strom ist faktisch Eigentum einer englischen Firma, der Irrawaddy Flotilla Company, die 600 Schiffe besitzt, auf denen vor dem Kriege 6 Millionen Fahrgäste im Jahr befördert wurden. Die Flotilla Company beteiligte sich im vorigen Jahrhundert unmittelbar an der Bezungung Birmas. Ihre Schiffe beförderten die englischen Truppen, die die Bevölkerung unterwarfen. Sie besitzt auch Seeschiffahrts- und Luftverkehrslinien. Die Inhaber der Irrawaddy Flotilla Company haben unter Ausnutzung ihres Verkehrsmonopols seit 1865 die birmanische Volkswirtschaft im Interesse der Kolonialisten systematisch gedrosselt.

Birma verfügt über äußerst reiche Vorkommen an verschiedenen Nichteisenmetallen wie Zinn, Silber, Blei, Zink, Wolfram und Kupfer. Fast alle diese Mineralien sind von einer vierten englischen Firma, der Burma Corporation Ltd., mit Beschlag belegt worden. Die 11 000 Arbeiter, die im Norden des Landes in den Bawdwiner Erzgruben der Korporation beschäftigt sind, führen das Leben von Halbsklaven. Dafür hat das birmanische Metallgewinnungsmonopol der Burma Corporation, neben den Konzessionen britischer Firmen im benachbarten Malaya, England die führende Stellung in einer Reihe internationaler Kartelle für strategisch wichtige Rohstoffe gesichert.

Die Ölquellen des Landes gehören der Burmah Oil Company, einem der mächtigsten englischen Kolonialkonzerne, der sich dieses Industriezweiges schon vor 60 Jahren bemächtigt hat. Seither ist die Ölausbeute Birmas auf das 130fache gestiegen, und in entsprechendem Maße haben auch die Gewinne der Aktionäre zugenommen. Die Burmah Oil Company ist zu einer der größten Unternehmungen des Landes geworden. In Indien und Birma hat sie etwa 45 000 Arbeiter, Angestellte und Handelsagenten. In Indien hat die Burmah Oil Company ein Bündnis mit der Monopolherrenfamilie Tata abgeschlossen, die mit Leib und Seele dem englischen Kolonialregime dienstbar war und heute zu einem Bollwerk der Regierung Nehru geworden ist. Keine einzige politische, ökonomische oder militärische Maßnahme wurde von den englischen Behörden in Birma ohne Sanktion der Burmah Oil Company getroffen, die Vertrauensleute in allen Zweigen des Kolonialapparats hatte.

Diese fünf englischen Großfirmen, ihre kleinen Bundesgenossen nicht gerechnet, schalten und walten in Birma, sie saugen seit beinahe einem Jahrhundert der enterbten Bevölkerung dieses

Landes alle Säfte aus. Hinter diesen fünf Firmen stehen in England Kreise, die zur allerobersten Schicht der herrschenden Klasse gehören, Kräfte, deren Wort für jede beliebige englische Regierung Gesetz ist.

Die Firma Wallace Brothers & Co., die die Bombay-Burma Trading Corporation kontrolliert, ist eng mit der Familie Guest liert, dieser Drahtzieherin der englischen Schwerindustrie, die die Konservative Partei finanziert. Zu ihrer Clique gehörte seinerzeit Churchills Vorgänger, Neville Chamberlain. Dieselbe Firma spielt im Apparat des englischen Imperialismus in Indien eine bedeutende Rolle; eine ihrer Kreaturen, Lord Chelmsford, war 1916—1921 Vizekönig von Indien.

Die Burmah Oil Company gehört zu dem englischen Erdölmonopol, an dessen Spitze die Shell-Gruppe steht; beide Konzerne kontrollieren gemeinsam die Anglo-Iranian Oil Company, die Iraq Petroleum Company und viele andere. Über das birmanische Erdöl verfügen dieselben englischen Magnaten, die den Nahen Osten in die Zange genommen haben und die britische Politik in verschiedenen Teilen der Welt bestimmen. Direktor der Burmah Oil Company und Vorsitzender der Anglo-Iranian Oil Company, Sir William Fraser, ist ein Nachtreter des bekannten Deterding und Berater für Erdölfragen im englischen Kriegsministerium.

Die Irrawaddy Flotilla Company ist sowohl mit der Dynastie der Guests als auch mit den führenden Konzernen des englischen Schiffbaus unmittelbar liert. Ihr Direktor, Sir Joseph P. Maclay, war Parlamentsabgeordneter der Liberalen Partei und Präsident der englischen Reederkammer; sein Vater war Minister für Schiffahrt. Die Firma Steel Brothers & Co. vertritt mächtige englisch-indische Finanzkreise, deren Einfluß unter der Gewährung der Pseudounabhängigkeit an Indien nicht im geringsten gelitten hat. James K. Michie, der Vorsitzende dieser Gesellschaft, ist gleichzeitig Generaldirektor der Indischen Nationalbank.

Schließlich steht hinter der Burma Corporation Ltd., die die Mineralschätze des Landes monopolisiert hat, ein Syndikat der namhaftesten englischen Geschäftemacher und Politiker, die in Afrika, Asien, Australien und Lateinamerika Hunderte von Konzessionen für die Gewinnung kostbarer Metalle besitzen. So hat der mit der Burma Corporation lierte Konzern Union Corporation Ltd. Brendan Bracken zum Chef, den ehemaligen Sekretär Churchills, der diesem von allen englischen Politikern am nächsten stand und während des Krieges Informationsminister in seinem Kabinett war. Zur Direktion desselben Konzerns gehört Lord Leathers, ehemaliger Minister

für das Kriegstransportwesen in der Regierung Churchill, sowie Baron Harlech, ehemaliger Kolonialminister und Hoher Kommissar Englands in der Südafrikanischen Union. Der ehemalige konservative Minister Lyttelton, eins der aktivsten führenden Mitglieder des reaktionären Lagers in England, der während des Krieges Churchills Bevollmächtigter im Nahen Osten war, gehört ebenfalls zu dieser Clique von Millionären, die sich auf die Plünderung der Naturschätze der Kolonialländer spezialisiert haben.

Birma wird von einer ganzen Auslese von Rädelsführern der englischen Plutokratie als Quelle der Bereicherung benutzt. Der Verlust der Herrschaft über dieses Land wäre für die City ein fürchterlicher Schlag.

Als sich England nach der Vertreibung der japanischen Eindringlinge aus Birma der machtvollen Volksbewegung dieses Landes gegenüber sah, die die restlose Befreiung vom Kolonialjoch forderte und unter ihren Bannern die ganze Bevölkerung vereinte, beschlossen die Monopolkreise, zu einem großangelegten Manöver zu greifen. Sie beauftragten die Labourregierung, Birma die „Freiheit“ zu gewähren — nur um sogleich mit Hilfe der neuen Kolonialmethoden des „demokratischen Sozialismus“ das birmanische Volk erneut an der Gurgel zu packen.

Wie kommen die Labourmachthaber diesem Auftrag nach?

IV

Die erste Methode, die sie anwenden, besteht in der absichtlichen und planmäßigen Desorganisation der birmanischen Volkswirtschaft. Die Labourimperialisten suchen vor allem das Land auszuhungern, um der heutigen rechtssozialistischen Regierung Thakin Nu die Möglichkeit zu geben, die angelsächsischen Waräger erneut herbeizurufen.

In dem Vertrag, der im Oktober 1947 abgeschlossen wurde, erkannte die englische Regierung Birmas Recht auf Verstaatlichung des dortigen Eigentums englischer Firmen an. Dieses großzügige Zugeständnis war jedoch von einer unscheinbaren Klausel begleitet: es wurde Birma zur Pilicht gemacht, die Inhaber der englischen Gesellschaften in bar zu entschädigen.

Die Staatskasse Birmas ist leer. Der Staat, dessen Industrie und Außenhandel restlos in den Händen ausländischen Kapitals liegt, ist nicht zahlungsfähig. Das Defizit im birmanischen Staatshaushalt, dessen Einnahmenseite sich sogar vor dem Kriege auf nicht mehr als 17 Millionen Pfund Sterling belief, beträgt 7,5 Millionen

Pfund Sterling. Die Regierung hat selbst für die wichtigsten Ausgaben keine Mittel. Die Bauernschaft, die die überwiegende Masse der Bevölkerung ausmacht und seit Jahrhunderten durch die Willkür der Gutsbesitzer ruiniert wird, ist bereits mit untragbaren Abgaben belastet; die Schulden der birmanischen Bauern belaufen sich auf 47 Millionen Pfund Sterling, eine Summe, die für dieses Land kolossal ist. Birma hatte noch keine Zeit, sich von den verheerenden Folgen des Krieges und der japanischen Okkupation zu erholen. Unverzüglich nach der Befreiung Birmas erklärten die englischen Behörden das von den Japanern in Umlauf gesetzte Geld für ungültig und entwerteten damit die letzten Ersparnisse der Bevölkerung. Die Regierung Birmas ist nicht einmal imstande, die Gehälter der Staatsbeamten sicherzustellen.

Unter solchen Umständen belastet die Labourregierung Birma mit gigantischen Kontributionen in Form von Ansprüchen der englischen Gesellschaften an den Staat. Aber damit nicht genug, bestehen diese Gesellschaften kategorisch darauf, daß ihnen die Abstandsgelder für die zu verstaatlichen Unternehmungen nicht in birmanischen Rupien, sondern in englischen Pfund Sterling ausgezahlt werden. Die Labourbehörden unterstützen diese Forderung entschieden und drohen, andernfalls Repressivmaßnahmen zu ergreifen.

Hinzu kommt noch, daß Birma sich laut englisch-birmanischem Vertrag verpflichtet hat, die alten Schulden an England (70 Millionen Pfund Sterling) und Indien (145 Millionen Dollar) zu bezahlen. Selbst bei völliger Versklavung des birmanischen Volks für die nächsten Jahrzehnte ist es undenkbar, daß alle diese Summen aufgebracht werden können.

Birma steht vor der Aufgabe, seine durch den Krieg ruinierte und von den Kolonialräubern geplünderte Volkswirtschaft wiederherzustellen, die Gewinnung der Naturschätze in die Wege zu leiten und das Land zu industrialisieren. Um die Einkünfte der Staatskasse zu mehren, muß Birma den Export allseitig ausbauen. Ein Punkt des Vertrags mit England besagt jedoch, daß das Land Mitglied des britischen Sterlingblocks bleibt. So mit hat sich die Labourregierung jede Möglichkeit gesichert, den Außenhandel Birmas und damit auch seine Finanzwirtschaft auf eigene Weise zu „regeln“.

In aller Stille hat die Labourregierung noch einen anderen taktischen Schritt unternommen. Sie hat ein finanzielles und politisches Bündnis mit der Klasse abgeschlossen, die neben den englischen Handels- und Industriekonzernen Jahrzehnte eine wahre Geißel des birmanischen

Volkes gewesen ist, nämlich mit den indischen Gutsbesitzern und Wucherern. Siebzig Prozent des ganzen urbaren Bodens von Birma gehören 6000 Gutsbesitzern, von denen die meisten während der englischen Herrschaftsdauer aus Indien ins Land geströmt sind. Sie haben die Millionen birmanischer Bauern zu rechtlosen Sklaven, zu Pächtern oder Landarbeitern gemacht. Die indischen Wucherer, die sich auf englisch-indische Großbanken stützten, erhoben von den Bauern bis zu 50 Prozent Jahreszinsen und zwangen sie, ihre Bodenparzellen zu verpfänden; dann verkauften sie die Pfandbriefe zu einem Preis, der die Schulden des Bauern um das Drei- bis Vierfache überstieg. Die städtischen Gläubiger wurden Eigentümer des Bodens. In Südburma, dem wichtigsten Agrargebiet des Landes, wo sich der Reisanbau konzentriert, sind mehr als vier Fünftel aller Gutsbesitzer indische Wucherer.

Im Oktober v. J. nahm das birmanische Parlament einen Gesetzentwurf über die Nationalisierung aller Liegenschaften von mehr als 50 Acre an. Aber die indischen Wucherer, die zu den Bodenbesitzern gehörten und unmittelbar von englischen Banken abhängig waren, folgten unverzüglich dem Beispiel der britischen Industriemonopole und verlangten vom Staat eine „angemessene Entschädigung“ in Höhe von mindestens 900 Millionen Rupien. Die Regierung Nehru in Indien trat für die indischen Profitjäger ein und verlangte entschieden Befriedigung ihrer gierigen Ansprüche. Die regierenden Kreise Birmas können sich zu einem Konflikt mit Indien, das die Hälfte des birmanischen Exports aufnimmt, nicht entschließen. Die britischen Labourleute, die sich mit ihren indischen Gesinnungsgenossen zusammengetan haben, setzen gemeinsam mit ihnen das birmanische Volk unter erPRESSERISCHEN Druck.

Infolge dieses planmäßig ausgeübten finanziellen Drucks ist es den Urhebern des Plans für die neue Bezugswelt Birmas schon gelungen, ihr erstes Ziel zu erreichen, sie haben die projektierte Verstaatlichung der englischen Konzerne vereitelt, die von der birmanischen Regierung so feierlich angekündigt worden war. Obwohl seit Unterzeichnung des englisch-birmanischen Vertrags schon mehr als ein Jahr vergangen ist, erstreckt sich die Verstaatlichung nur auf Schiffe der Irrawaddy Flotilla Company sowie auf einige Holzkonzessionen. Der Verstaatlichungsplan für die übrigen britischen Unternehmungen ist zu den Akten gewandert. Die Fangarme der Burmah Oil Company, der Burma Corporation Ltd., der Bombay-Burma Trading Corporation und des Reistrusts Steel Brothers halten nach wie vor den gesamten Wirtschaftsorganismus des Landes umklammert. Wie früher fronen die Arbeiter und

Bauern für die Londoner Millionäre und Spekulanten.

Die Finanzkrise und der wirtschaftliche Niedergang in Birma nehmen weiter zu. Das ganze Programm für die wirtschaftliche Befreiung des Landes, wie sie dessen heutige Machthaber versprochen haben, ist zu Schall und Rauch geworden. Das Kabinett Thakin Nu wagt nicht, ohne Erlaubnis der englischen Gläubiger auch nur einen Schritt zu tun.

Infolge der Anwendung neuer, vollkommenerer kolonialer Unterdrückungsmethoden ist Birma von denselben Labourleuten, die ihm angeblich „seine Unabhängigkeit schenkten“, an Händen und Füßen gefesselt worden.

V.

Die zweite Methode, die vom Labourimperialismus in Birma angewandt wird, besteht darin, das birmanische Staatswesen systematisch zu erschüttern, es künstlich zu zerstückeln und politisches Chaos zu stiften. Zu diesem Zweck hat die Regierung Attlee-Bevin die besten Spezialisten Englands für politische und militärische Spionage aufgeboten.

Die unmittelbare Stütze des britischen Kolonialregimes in Birma waren außer den Gutsbesitzern, Wucherern und Zwischenhändlern die reaktionären Häuptlinge der rückständigen Gebirgsstämme, in erster Reihe der Karen und Schan im Süden und der Katschi im Norden. Ihrer gewohnten Kolonialtaktik gemäß, warben die englischen Behörden diese halbfeudalen Elemente durch direkte Bestechung an und stellten sie der Hauptmasse der Bevölkerung entgegen. Sie rekrutierten aus ihnen ihre Truppen, besetzten mit ihnen Militär- und Verwaltungsposten, bekehrten sie zum Christentum und eiferten sie sogar zur Bildung pseudautonomer Fürstentümer an. Besonders stärkten sie ihren Einfluß unter den Häuptlingen der Karen, einer Völkerschaft, die etwa 2 Millionen zählt. Viele der Karenführer sind in England erzogen worden.

Unmittelbar nach Anerkennung der Unabhängigkeit Birmas durch England entsandte die Ostasienabteilung des Intelligence Service eine Gruppe von Sonderagenten nach Birma. Ein Teil wurde in die offizielle englische Militärmmission in Rangun eingereiht, die mehr als 100 Beamte umfaßt. Diese Agenten traten in enge Fühlung mit den Führern der birmanischen Regierungssarmee. In dieser Armee spielen Offiziere aus den Stämmen der Karen, Schan und Katschi, die für ihre erzreaktionäre und volksfeindliche Einstellung bekannt sind, die Hauptrolle. Oberbefehlshaber der

birmanischen Armee war bis vor einigen Tagen ein Karenführer, Generalleutnant Smith Dun, der früher einmal mit dem englischen Feldmarschall William J. Slim und mit Admiral Mountbatten zusammenarbeitete. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Nationalverbands der Karen, Saw Ba U Gyi, gilt General Smith Dun, der sich mit einer Leibgarde aus Stammesgenossen umgeben hat, als Vertreter des „gemäßigten“ Flügels der separatistischen Karen, die für die Bildung eines autonomen Karenstaates eintreten.

Zu gleicher Zeit wurden noch andere Agenten des Intelligence Service, Spezialisten für Sabotageakte, insgeheim aus London in die Karenprovinz im Süden Birmas entsandt. Einer dieser Agenten war ein namhafter Beamter des Kriegsspionage Dienstes, Oberst John C. Tulloch, der während des Krieges Karenabteilungen organisierte. Der Journalist Alexander Campbell, der unter Tullochs Oberbefehl in diesen Abteilungen diente, wurde als Sonderkorrespondent der Londoner „Daily Mail“ nach Rangun geschickt, um Verbindung mit Tulloch aufrechtzuerhalten.

Am 1. Juni v. J. unterzeichnete die birmanische Regierung ein Gesetz über die Verstaatlichung der Irrawaddy Flotilla Company. Am 17. Juni hielt der Außenminister der Labourregierung, Bevin, im Unterhaus eine Rede, in der er unzweifilig mit einer „Änderung der Politik“ im Hinblick auf Birma drohte.

Einige Wochen später brach in Birma ein bewaffneter Aufstand der Karen aus.

Die englischen Spione übermittelten den Häuptlingen der Karenstämme bestimmte Direktiven: sofort die Waffen gegen die birmanische Zentralregierung zu ergreifen, eine Offensive gegen Rangun einzuleiten und die Bildung eines unabhängigen Karenstaats zu fordern, der den ganzen Südosten Birmas umfassen solle. Man versprach den Karen Waffen, Munition und Geld aus London. Die Zustellung von Waffen auf dem See- und Luftwege erfolgte durch Oberst Tulloch und den „Journalisten“ Campbell, der regelmäßig von Rangun aus Flüge nach Kalkutta unternahm. Gleichzeitig wurde in London zwecks Finanzierung und politischer Leitung des Aufstands ein Geheimkomitee mit dem Namen „Freunde der Bergvölker“ gegründet.

An die Spitze der Organisation trat der ehemalige Generalgouverneur Birmas, Dorman-Smith, ein konservatives Mitglied des englischen Parlaments, der sich in den Vorkriegsjahren durch erbarmungslose Verfolgung birmanischer Patrioten einen Namen gemacht hat. Dorman-Smith erklärte in den Spalten englischer Zeitungen, die Karen seien „die standhaftesten Kämpfer

gegen den Kommunismus in Asien“. Dem Geheimkomitee der „Freunde der Bergvölker“ trat auch General Hutton, der ehemalige Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Birma, Chef des englisch-indischen Generalstabs, sowie der Redakteur der ultrakonservativen „Daily Mail“, Frank Owen, bei, der während des Krieges ebenfalls im Hauptquartier der englischen Truppen in Birma gedient hatte und ein Freund Lord Mountbattens ist. Alle diese Leute stehen in engem Kontakt zum Generalstab des Britischen Reiches.

Als eine Zentrale der Aufstandsbewegung der Karen erwies sich das Gebiet der Erzbergwerke, die der englischen Gesellschaft Mawchi Mines Ltd. gehören. Auf Instruktion englischer Residenten erklärten die Karenhäuptlinge, die Zentralregierung in Rangun sei nicht imstande, der „komunistischen Gefahr“ Herr zu werden. So nennen bekanntlich die Imperialisten und ihre Lakaien die Volksbefreiungsbewegung, die die breitesten Massen der Werktätigen erfaßt. Die Karenhäuptlinge erklärten, eine stärkere Regierung sei notwendig, die den Beistand und die Freundschaft Englands genieße. Man hatte den Karen versprochen, falls sie eine neue Regierung bilden, werde diese sofort von London anerkannt werden.

Zur selben Zeit begannen englische Agenten im Norden eine separatistische Bewegung unter den Katschi und Schan zu entfachen. Unter ihrem Einfluß rissen Katschihäuptlinge die Macht an sich. Minister der Bergfürstentümer Birmas legten Protest ein gegen die „Zersetzung und Demoralisierung des Landes, die im Augenblick des Empfangs der Unabhängigkeit eingesetzt haben“, und richteten eine drohende Erklärung an die Zentralregierung in Rangun.

Die von dem Karengeneral Smith Dun geführte birmanische Armee konnte die Meuterei nicht unterdrücken. Im Januar d. J. rückten die Karen gegen Rangun vor und schnitten die Hauptstadt nach Nordosten hin ab. Die Kämpfe dauern auch im Februar an.

Das durch die Meuterei der reaktionären Separatisten hervorgerufene politische Chaos ist von einer Wirtschaftskatastrophe begleitet. Die Karen halten diejenigen Bezirke des Landes besetzt, die den meisten Reis produzieren; die Kampfhandlungen behindern den Transport der Waren, die die größten Einnahmeposten des birmanischen Exports ergeben. Die Reisüberschüsse für den Export, die sich in den Vorkriegsjahren auf 3,5 Millionen Tonnen beliefen, gingen im vorigen Jahr um zwei Drittel zurück. Wenn die Karen sich des Reisexports bemächtigen, dann wird der Bankrott der Regierung von Rangun zu einer vollendeten

Tatsache. Das Defizit im birmanischen Staatshaushalt hat sich 1948 (im Vergleich zum Vorjahr) verdoppelt. In einer Reihe von Gebieten Birmas haben die Bauern keine Möglichkeit, ihre Felder zu bestellen. Die Durchführung des Zweijahrsplans der Regierung für die wirtschaftliche Wiederherstellung und Rekonstruktion ist unmöglich gemacht worden.

Im Januar d. J. ergab sich die Regierung Birmas den englischen Siegern auf Gnade und Ungnade. Die Ranguner Minister erklärten sich mit der Bildung eines separaten Karenstaates einverstanden, der eine neue englische Kolonie und englische Zitadelle in dem zerstückelten Birma darstellt. Die „Unabhängigkeit des einzigen birmanischen Staates“, die bei der Unterzeichnung des englisch-birmanischen Vertrags von Attlee und Cripps feierlich verkündet worden war, ist zu einer Farce geworden.

Die Interessen der englischen Konzessionäre sind gesichert. Der Erfolg der Karen wird unweigerlich eine Steigerung der Separatistenbewegung in anderen Landesteilen zur Folge haben, namentlich im Norden, wo die Agenten der Bombay-Burma Trading Corporation und der Burma Corporation Ltd. am Werk sind.

Nach Absicht Londons soll das neue Birma ein ebensolches Mengsel lebensunfähiger Marionettenstaaten werden, die sich ganz dem Einfluß ausländischer Machthaber unterwerfen, wie Indian oder der Arabische Osten. Die Methode der Zerstückelung fremder Länder ist zu einem unwandelbaren Prinzip des Labourimperialismus geworden.

VI

Die Offensive der Labourkolonisatoren lief nicht nur darauf hinaus, Birma zu zerstücken und das birmanische Staatswesen zu unterwühlen. Mit Hilfe derselben Methoden erreichten die Londoer Kreise gleichzeitig auch die endgültige Unterwerfung der birmanischen Zentralregierung. Die rechtssozialistische regierende Gruppe von Thakin Nu, die zu Anfang schmetternde antiimperialistische und sogar pseudomarxistische Deklarationen vom Stapel ließ, ist so weit gekommen, das Protektorat Englands wieder offen anzuerkennen. Zwischen der englisch-birmanischen Kolonialregierung der Vorkriegszeit und dem heutigen Regime in Rangun besteht faktisch beinahe kein Unterschied mehr.

Die Regierung Thakin Nu übt im Lande keine reale Macht aus. Die Volkswirtschaft Birmas ist von England in Ketten geschlagen. In Armee und Polizei spielen proenglische Elemente — Karen und andere Separatisten — die erste Geige. Die

Karenmeuterei hat die Autorität des neugeschaffenen Verwaltungsapparats untergraben. Die mit den Engländern verbundene einflußreiche Klasse der Gutsbesitzer, Wucherer und Zwischenhändler, die nach dem Kriege durch den mächtvollen Ansturm der Volksbewegung in die Illegalität gedrängt wurde, sammelt wieder ihre Kräfte und gruppieren sich bereits in der neuen „Birmanischen Demokratischen Partei“ von Thakin Ba Sein, die für noch engere Beziehungen zu England eintritt.

Von entscheidender Bedeutung ist jedoch eine andere Tatsache. Die rechtssozialistischen Führer Birmas, die sich an die Macht klammern, haben einen panischen Schrecken vor der mächtigen und ständig zunehmenden Bewegung der Arbeiter und Bauern unter Führung der Kommunisten, einer Bewegung, die die wahrhafte politische und ökonomische Befreiung des Landes fordert. Das Volk Birmas ist der Kraftfaktor, der seit dem Befreiungskrieg gegen die japanischen Eindringlinge die entscheidende Rolle im politischen Leben spielt. Gegen diesen Kraftfaktor richtet sich im Grunde genommen der ganze Feldzug der englischen Imperialisten. Die von der Gruppe Thakin Nu, der birmanischen Spielart des Labourismus, betroffenen Arbeiter und Bauern verlangen nachdrücklich die sofortige Vertreibung der ausländischen Ausbeuter, sie verlangen eine wirklich demokratische Politik.

Schon Ende 1947 begann die Regierung von Rangun den Bürgerkrieg gegen das demokratische Lager zu entfesseln. Sie traf eine Reihe provokatorischer Maßnahmen, wie Entsendung von Strafexpeditionen, Massenverhaftungen, Sprengung von Gewerkschaften, Verbot der Kommunistischen Partei und anderer fortschrittlicher Organisationen. Die Folge war aber ein nur um so stärkerer Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung, die in einer Reihe von Bezirken Nord- und Mittelbirmas vorherrschend ist. Im Frühjahr 1948 kam es in allen Betrieben der englischen Konzerne zu einem Generalstreik.

Die Arbeiter und Bauern Birmas scharen sich um das Fortschrittslager. Die Streikwelle ebbt nicht ab. Am 26. Januar d. J. faßte der Birmanische Verband der Regierungsangestellten den Beschuß, aus Protest gegen die Politik der Regierung, die eine Senkung der Teuerungszuschläge zum Ziel hat, am 7. Februar im ganzen Lande in den Streik zu treten. Der Verband forderte Bildung eines Koalitionskabinetts unter Beteiligung der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Organisationen. Der Birmanische Gewerkschaftskongreß erklärte, er unterstützte den Verband der Regierungsangestellten rückhaltlos, und rief die Arbeiter auf, „sich der von den

Arbeitgebern versuchten Lohnkürzung zu wider setzen".

Die Bauern verweigern die Pachtzahlungen an Wucherer sowie die Entrichtung der unerträglich hohen Steuern, die von den Beamten der Regierung Thakin Nu eingetrieben werden. Fast in allen Gebieten des Landes operieren Partisanenabteilungen, die 1948 in manchen Bezirken Machtorgane des Volkes gebildet haben. Die Kluft in der von Thakin Nu geführten Antifaschistischen Volksbefreiungsliga, aus der die rechtssozialistischen Führer die Kommunisten ausgeschlossen haben, wird immer tiefer. Ein bedeutender Teil der Mitglieder der Volksfreiwilligenorganisation, die den Befreiungskrieg gegen die japanischen Eindringlinge leitete, hat sich zum Fortschrittslager geschlagen. Unter den Regierungstruppen, die ausgesickt werden, um ein Strafgericht unter der Bevölkerung zu halten, brechen Meutereien aus. Im August v. J. meuterten zwei von fünf Bataillonen der Regierungsarmee, die aus Birmanen bestanden. Alle übrigen Truppenteile der Regierungsarmee rekrutieren sich aus rückständigen Gebirgsbewohnern — Karen, Katschi und Schan — und werden von reaktionären Offizieren befehligt.

Die Angst vor dem eigenen Volk hat die Regierung Thakin Nu endgültig gelähmt. In den 16 Monaten, die seit Unterzeichnung des englisch-birmanischen Vertrags verstrichen sind, ist diese Regierung in völlige Abhängigkeit von der englischen Militärmmission in Rangun geraten. Die gegen die Volksbewegung gerichteten militärischen Pläne werden unter Leitung englischer Offiziere ausgearbeitet. Die englischen Residenten veranlassen die Regierung, die Waffen- und Munitionsbestellungen zu erweitern, die selbstverständlich von England erledigt werden; ihm wird auch der Auftrag erteilt, die birmanischen Flugplätze zu rekonstruieren. Für das alles zahlt die heutige Regierung Birmas in klingender politischer Münze.

Am 25. November v. J. hielt der rechtssozialistische Ministerpräsident Thakin Nu eine Rede, in der er sein „Streben nach einer linken Politik“ beteuerte, jedoch hervorhob, eine solche Politik dürfe „nicht zu hastig“ betrieben werden, damit das Volk keinen Schaden erleide. Die Verstaatlichung der englischen Konzerne wird auf die lange Bank geschoben, und in Regierungskreisen hört man immer öfter, es sei notwendig, Auslandskapital und Auslandsfachleute heranzuziehen.

Inzwischen beginnt das amerikanische Kapital, das von einer Marshallisierung ganz Südostasiens träumt, seine Fangarme nach Birma auszustrecken. In dem Bestreben, ihre Herrschaft in Birma fester zu verankern, sind die englischen Kolonialisten bereit, den amerikanischen Expansionisten einen Teil der Profite zu überlassen. Die Aktien der erwähnten Burma Corporation Ltd. sind bereits teilweise in amerikanischen Händen.

Mitte Januar d. J. bestätigte Thakin Nu nochmals die bedingungslose Kapitulation der Ranguner Regierung. Als dieser Führer der birmanischen Rechtssozialisten nach Delhi kam, um an der geschlossenen Konferenz von Ländern Asiens und des Nahen Ostens teilzunehmen, ließ er in der indischen Presse eine Artikelserie über die „kommunistische Gefahr“ in Birma erscheinen und rechtfertigte darin das neue englisch-birmanische Bündnis und die Bezahlung der Kolonialschulden an England als Beschlüsse, die im „nationalen Interesse“ Birmas lägen. Allem Anschein nach bereitet sich die birmanische Regierung darauf vor, dem sogenannten asiatischen Block beizutreten, der laut Instruktionen aus London und Washington in Delhi organisiert wird, um die nationale Befreiungsbewegung der Völker Asiens zu bekämpfen.

So wird die unternommene neue Versklavung Birmas durch Labourenland zu Ende geführt. Im Laufe eines einzigen Jahres hat die auf Erdrossehung der Kolonialvölker hinauslaufende Politik, die von den Ideologen des „demokratischen Sozialismus“ neu bearbeitet und vervollkommen wurde, faktisch zu einer zweiten Annexion Birmas durch das Britische Reich geführt. Durch Erpressung, Schädlingsakte, Betrug und direkte Gewaltanwendung haben die Labourimperialisten sich alles zurückgeholt, was sie dem „befreiten“ Lande angeblich geschenkt hatten. An dem Beispiel Birmas erkennt man ebenso wie an dem Indiens, Palästinas oder Malayas das Wesen des neuen Kolonialsystems von Attlee-Bevin.

Aber die Kapitulation der regierenden Gruppe von Generalen, Reaktionären und Rechtssozialisten Birmas bedeutet nicht, daß sich das birmanische Volk unterwirft. Keinerlei Drohungen und Repressalien können dem Wachstum der demokratischen Bewegung der birmanischen Werktätigen Einhalt gebieten, die das Siegesbanner des Kampfes gegen die Kolonialausbeuter entrollt haben.

Die deutschen Patente in den Vereinigten Staaten und England

N. CHARLAMOW

Die britisch-amerikanische Propaganda betreibt schon lange ihre Kampagne für die völlige Einstellung der Reparationslieferungen an die durch Hitlers Aggression verheerten Länder. Die regierenden Kreise der USA, die auf die Wiederherstellung des rüstungsindustriellen Potentials Westdeutschlands Kurs genommen haben, ignorieren die rechtlich begründeten Forderungen der europäischen Länder und suchen mit allen Mitteln ihre angebliche „Hochherzigkeit“ zu plakatieren. Die „Stimme Amerikas“ z. B. hat am 14. Januar d.J. feierlich verkündet, die Vereinigten Staaten, die an deutschen Reparationszahlungen nicht interessiert seien, wollten die deutsche Wirtschaft nicht zerstören.

Erklärungen des gleichen Schlages wurden bekanntlich schon 1947, bei den Tagungen des Außenministerrats von den Delegationsleitern der USA und Großbritanniens gemacht und dann von der Presse dieser Länder so manches Mal wiederholt. Man weiß jedoch aus zahlreichen eindeutig festgestellten Vorfällen, wie ungeniert und unkontrolliert die Besatzungsbehörden in den Westzonen Deutschlands schalten und walten. Die Vereinigten Staaten und ebenso England haben Deutschland praktisch von Beginn der Besetzung an riesige Reparationen entzogen, und diese Entziehungen hören bis auf den heutigen Tag nicht auf. Ein anschauliches Beispiel dafür sind die deutschen Patente und Erfindungen, die amerikanischen und englischen Firmen bereits Dollarprofite gebracht haben, die sich auf Milliarden beziffern.

Die „Berliner Informationsbriefe“, die von der französischen Militärregierung in Berlin herausgegeben werden, schätzen auf Grund amerikanischer Originalquellen den Wert der von den USA als „Kriegsbeute“ beschlagnahmten deutschen Patente auf mehr als 5 Milliarden Dollar. Dabei ist zu bedenken, daß die Ausbeutung der deutschen Patente nur ein Teil jener versteckten Reparationen ist, die die Westmächte Deutschland abzapfen.

Seit über drei Jahren bemühen sich in dem amerikanischen Büro für technische Informationen (Office of Technical Service) Hunderte von Ingenieuren und Technikern Tag und Nacht in mühseliger Kleinarbeit um die Sortierung, Registrierung und Untersuchung der deutschen Patente, die in

großen Mengen erbeutet und nach den USA gebracht worden sind. Diese Dokumente wiegen insgesamt mehr als 10 000 Tonnen.

Aber nicht alle deutschen Patente und Dokumente, in denen technologische Prozesse und wissenschaftliche Entdeckungen beschrieben werden, sind über den Ozean gegangen. Ein Teil von ihnen ist in Deutschland geblieben und nach Höchst am Main gebracht worden. Hier haben die amerikanischen Behörden eine Art Filiale der Neuyorker Zentrale zur Abwicklung deutscher Patente eröffnet. Nach einer Meldung der „Berliner Informationsbriefe“ suchen mehrere hundert Gelehrte und Ingenieure die wertvollsten Dokumente heraus, photographieren sie auf Mikrofilm und schicken diese Filme (Monat für Monat je 30 000 Meter) nach den USA, wo das Büro für technische Informationen das Material sichtet und seine Weitergabe an amerikanische Firmen vorbereitet. Nach den vorliegenden Angaben sind bereits mehr als 5 Millionen Meter Mikrofilme, in denen deutsche Patente photographiert sind, nach den USA geschickt worden.

Bevor die Filiale der amerikanischen Körperschaft zur Abwicklung deutscher Patente in Höchst gebildet wurde, durchsuchte die sogenannte Abteilung für technischen Nachrichtendienst (Technical Intelligence Branch) deutsche Betriebe und Forschungsinstitute sorgfältig nach Angaben über industrielle Planung, Patente, neue Produktionsmethoden, technologische Prozesse. Überaus wertvolle, ja unikale Maschinen und Apparate wurden über den Atlantik verfrachtet. Mit der Herausziehung der wertvollen Patente und wissenschaftlich-technischen Dokumente befaßten sich nicht nur Organe des technischen Dienstes der USA-Armee. Neben ihnen waren in Deutschland spezielle Industriemissionen am Werke, die an diesem oder jenem Industriezweig unmittelbar interessiert waren.

Als Beispiel können die deutschen Patente auf die Gewinnung von synthetischem Treibstoff angeführt werden. Zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland bekanntlich eine Anzahl von Methoden zur Verflüssigung von Braunkohle erfolgreich entwickelt, während diese Probleme in den USA eben erst in Angriff genommen wurden. Mitte 1943 brachte Senator Joseph

O'Mahoney im USA-Kongreß die Gesetzesvorlage Nr. 1243 ein, über „Die Errichtung und Bewirtschaftung von Demonstrationsbetrieben zur Herstellung von künstlichem flüssigem Treibstoff aus Kohle und anderen Substanzen zwecks rascherer Beendigung des Krieges, Erhaltung und Vergrößerung der Erdölvorräte der Nation und für andere Zwecke“. Der Kongreß setzte dem Bergbaubüro (Bureau of Mines) 30 Millionen Dollar aus, mit denen ein Fünfjahresprogramm wissenschaftlicher Forschungsarbeiten finanziert werden sollte. Wie jedoch die USA-Zeitschrift „Fortune“ betont, hat die eigens gegründete Abteilung für synthetischen flüssigen Treibstoff unter der Leitung von Wilburn C. Schroeder es nicht fertiggebracht, bis zum Ende des Krieges irgend etwas auszurichten.

Gleich nach der Kapitulation Deutschlands führte Schroeder an der Spitze einer USA-Mission über den Atlantik, um Angaben über die letzten Errungenschaften der deutschen Technik auf dem Gebiet des synthetischen Treibstoffs zu erhalten. Unterstützt von den amerikanischen Truppen, unterzog Schroeders „Mission“ die deutschen Chemiebetriebe einer sorgfältigen Untersuchung und bemächtigte sich der wertvollsten Patente und vertraulicher Dokumente, um sie nach den USA zu schicken. Auch wertvollste Muster unikaler Ausrüstungen zur Gewinnung von synthetischem Treibstoff wurden dorthin gebracht. Nur dank diesem Umstand konnte das Bergbaubüro jetzt mit der Errichtung entsprechender Betriebe beginnen, und zwar nehmen an diesen Bauarbeiten nach Amerika transportierte deutsche Gelehrte einen Anteil.

Die in Deutschland beschlagnahmten Patente und technischen Vervollkommenungen werden jetzt also weithin in der Industrie der USA eingebürgert. Das Büro für technische Informationen wird mit Bestellungen amerikanischer Firmen auf deutsche Patente buchstäblich überschüttet. Wie die Zeitungen melden, erhält dieses Büro aus allen Gegenden des Landes täglich an die 20 000 Anforderungen. Bestellungen der größten amerikanischen Konzerne wie duPont, International Harvester u. a. werden bevorzugt erledigt. Patente im Werte von zehntausenden und hunderttausenden Dollar werden für einen lächerlichen Preis — 6 bis 17 Dollar — an die größten Monopole verkauft. In London verkauft ein entsprechendes Amt (German Patents Registration Office), dem die Registrierung deutscher Erfindungen obliegt, deutsche Patente an englische Monopolherren zu einem Preis von 2 Shilling 6 Pence. Trotz der verschwindend geringen Preise, zu denen deutsche Erfindungen realisiert werden, hat die Neuyorker Zentrale zur Abwicklung deutscher

Patente bereits Hunderttausende von Dollars verbraucht. Einer Mitteilung der „Berliner Informationsbriefe“ zufolge konnte dieses Institut allein 1947 einen Reingewinn von über 100 000 Dollar verbuchen.

Die gewaltige Nachfrage englischer und amerikanischer Industrieller nach deutschen Patenten ist verständlich. Die „Berliner Zeitung“ schrieb am 7. November 1948, einer Erklärung amerikanischer Spezialisten zufolge seien die deutschen Patente von unschätzbarem Wert für Amerika, sie seien „Goldgruben der Information, nützlich sowohl für die militärische Forschung als auch für die private Industrie“.

Gleichzeitig berichtete die Zeitung, eine der amerikanischen Chemiefirmen wende ein deutsches Verfahren an, um synthetischen Kautschuk widerstandsfähiger zu machen, und andere amerikanische Firmen stellten unter Ausnutzung deutscher Patente neue Textilfasern her. Eine Neuheit für die USA sei das deutsche Polyurathen, aus dem hochwertige Borsten, Fasern, Fibern und Überzugsmassen hergestellt werden. Ein bedeutender Teil der von den Amerikanern in den Chemiebetrieben des Konzerns I.G. Farbenindustrie erbeuteten technischen Informationen, darunter mehr als 65 000 Dokumente, in denen die Herstellung von Chemikalien, Farbstoffen, Arzneimitteln, plastischen Materialien, Legierungen sowie farbenphotographische Verfahren beschrieben werden, ist ebenfalls früher in den USA nicht bekannt gewesen.

Die amerikanische Presse macht kein Hehl mehr aus der Tatsache, daß die Ausnutzung deutscher technischer Errungenschaften den chemischen Konzernen der USA gewaltige Profite eingebracht hat. So hat die Zeitschrift „Chemical and Engineering News“ mitgeteilt, daß der Export von Chemikalien aus den USA sich gegenüber den Vorkriegsjahren vervierfacht habe, und zwar dadurch, daß die USA sich der früheren deutschen Absatzmärkte bemächtigt haben und daß sie deutsche Patente, deutsche Produktionsmethoden verwenden.

Starke Verbreitung hat in den USA die Herstellung verschiedener Medikamente nach deutschen Patenten und Mustern gefunden. Dies Geschäft erwies sich als so profitabel, daß die pharmazeutischen Firmen es ganz groß aufgezogen haben. So stellt die Firma Winthrop Chemical Company in großen Mengen ein deutsches Ersatzmittel für Morphin her, während Stearns and Co. nach einem deutschen Patent Adrenalin-Derivate produzieren usw. Seit kurzem wird in den USA mit Erfolg ein neues, von deutschen Chemikern erfundenes schmerzstillendes Mittel „Metadon“ hergestellt, das früher unter der Bezeichnung

„Droge 10 820“ fungierte und von den Amerikanern aus Deutschland weggeführt worden war. Das „Wall Street Journal“ schrieb hierzu:

„Unser Land ist der Erbe des frei gewordenen (relinquished) Imperiums der deutschen I.G. Farbenindustrie geworden, und es plant, in dessen Besitz zu bleiben.“

In der gleichen Weise werden deutsche Patente nicht nur in den USA, sondern auch in England und seinen Dominions ausgebeutet. So hat der Berliner „Telegraf“ gelegentlich mitgeteilt, man habe in England mit der Herstellung von Photoapparaten begonnen, die eine genaue Kopie der deutschen „Leica“ darstellen. Für 1949 sei geplant, 10 000 derartige Photoapparate zu exportieren. Wie der Londoner Rundfunk am 25. Dezember v. J. mitteilte, hat auch Australien durch Vermittlung Londons 4000 Berichte über deutsche technische Verfahren erhalten, die in der deutschen Industrie während des Krieges ausgearbeitet worden waren.

Aber besondere Aufmerksamkeit schenken die britisch-amerikanischen Industriellen den deutschen Patenten auf dem Gebiet des Kriegswesens. Der britische und der amerikanische Nachrichtendienst hatten alle Angaben über den Sitz deutscher militärischer Forschungszentren und über die dort arbeitenden wissenschaftlichen Kräfte sehr sorgfältig gesammelt. Schon vor ihrem Einmarsch nach Deutschland kannten speziell ausgebildete Truppen die Objekte, die sie zu „erschließen“ hatten. Eine in der amerikanischen Besatzungszone erscheinende Zeitung, „Der Allgäuer“, schrieb am 7. August v. J. in einem Artikel unter der Überschrift „Wo sind die deutschen Geheimwaffenkonstrukteure?“ folgendes:

„Unmittelbar hinter der Fronttruppe waren auf alliierter Seite technische Spezialisten, sogenannte „Investigation Teams“ gefolgt. Sie hielten sich bestens informiert gezeigt über personelle und örtliche Verhältnisse der deutschen Geheimwissenschaft auf allen Gebieten der modernen Waffentechnik, vor allem der Raketenforschung im weitesten Sinne. Bei der Einnahme von Schongau fragte ein junger amerikanischer Offizier sofort nach Dr. Steinhoff, dem Leiter der verlagerten „Elektromechanischen Werke“, und nahm ihn und seine etwa 500 Mann starke Gruppe sofort in Gewahrsam.“

Bis September 1945 hatten die erwähnten Spürtrupps 160 verschiedene Typen von Raketen geschossen in verschiedenen Stadien ihrer Herstellung zusammengebracht. Sie alle wurden zusammen mit den ersten 150 Tonnen vertraulicher Zeichnungen und Dokumente aus dem Flugzeugbau, dem Motorenbau und der Herstellung von fliegenden Raketen nach den USA gebracht. Gleich danach wurden auch deutsche Gelehrte über den großen Teich verfrachtet.

Auf der Grundlage der in Deutschland erbeuteten Geheimerfindungen militärischen Charakters, Laboratorien, Ausrüstungen und fertigen

Konstruktionen ist in den USA ein Netz von Forschungsinstituten, Experimentalstützpunkten und Schießplätzen geschaffen worden. Wie Associated Press vor kurzem meldete, wird an der Schaffung neuer Typen reaktiver Flugzeuge (sogenannter Düsenjäger) besonders nachdrücklich gearbeitet.

Die militärischen und industriellen Kreise der USA bedienen sich, ohne mit der Wimper zu zucken, der Errungenschaften deutscher Technik und kostenloser wissenschaftlich-technischer Kräfte Deutschlands, um ihre weitgehenden Pläne in die Tat umsetzen zu können. In der Zeitschrift „American Magazine“ hat USA-Senator Harry F. Byrd folgendes Geständnis gemacht:

„Deutsche Gelehrte stellen die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten der amerikanischen Luftflotte zur Verfügung und helfen Amerika, seine Forschungen ohne große Schwierigkeiten zu Ende zu führen. Sie setzen ihre in Deutschland unterbrochene Forschungsarbeit fort und wirken mit, um uns die aeronautische Überlegenheit zu sichern.“

England und die Länder des britischen Staatenbundes haben gleichfalls auf der Grundlage der in Deutschland erbeuteten Materialien und mit Hilfe deutscher Gelehrter großangelegte Forschungsarbeiten in die Wege geleitet. Diese Arbeiten werden in der Hauptsache von einem Forschungsrat der Länder des Britischen Reiches für Fragen der Aeronautik geleitet. Der Generaldirektor der Abteilung für Forschungsarbeiten (Principal Director of Scientific Research) beim britischen Ministerium für Flugzeugbau, Sir Ben Lockspeiser, der Hauptvertreter Englands in der erwähnten Körperschaft, hat in einer Unterredung mit Korrespondenten in Melbourne ausgeführt, man werde Australien und Neuseeland zu Zentren der Verwirklichung des britischen Forschungsprogramms machen. In Australien sind für Forschungen auf dem Gebiet neuer Waffenarten 30 Millionen Pfund Sterling bewilligt worden.

Bei den Forschungsarbeiten in den britischen Dominions stehen deutsche Erfindungen an leitender Stelle. Sydneyser Sonntagszeitungen veröffentlichten am 27. Juni v. J. Meldungen ihrer Korrespondenten aus Adelaide, denen zum ersten Mal gestattet worden war, den für die Erprobung von Raketen geschossen eingerichteten australischen Schießplatz zu besuchen. Wie der „Sunday Telegraph“ mitteilte, untersuchen Wissenschaftler dort die Geschoßteile, die den Deutschen nach Beendigung des Krieges abgenommen wurden und von England nach Australien gebracht worden sind.

Es ist also durch feststehende Tatsachen bewiesen, nicht nur daß die westlichen Besatzungsmächte deutsche Patente als getarnte Reparationen im Werte von Milliarden Dollars erhalten, sondern auch daß sie diese Patente zur Vorbereitung eines neuen Krieges verwenden.

Die marshallisierte Türkei

(Eine Auslandspresseschau)

W. KRYMSKI

DIE im Januar d. J., zum viertenmal seit zweieinhalb Jahren, ausgebrochene Regierungskrise in der Türkei hat die türkische Presse zu zahlreichen Kommentaren veranlaßt. Diese Kommentare zeugen von der wachsenden Unzufriedenheit mit der Innen- und Außenpolitik der Regierung. Außerdem beweisen die Auslassungen der Presse über die Ursachen der häufigen türkischen Regierungskrisen auch, von welchen Besorgnissen, welchem Katzenjammer die regierenden Kreise selbst befallen sind.

Ministerpräsident Hasan Saka mußte in seinem an den Präsidenten der Republik Ismet İnönü gerichteten Schreiben vom 14. Januar d. J. zugeben, daß er wegen „einiger in letzter Zeit aufgetretener Schwierigkeiten“ im Lande zurücktritt.

Welcher Art sind die Schwierigkeiten und Umstände, auf die sich der gescheiterte Ministerpräsident beruft? Eine Antwort auf diese Frage versucht die türkische Zeitung „Tasvir“ zu geben, wo es heißt:

„Der Sturz des Kabinetts ist das Ergebnis einer großen Wirtschafts- und Finanzkrise im Lande.“

Gezwungenermaßen geben selbst die reaktionärsten türkischen Zeitungen das Vorhandensein dieser Krise zu.

In der Tat ist die türkische Regierung in den letzten zweieinhalb Jahren faktisch zu der beim Volke verhafteten Politik der Kapitulationen aus der Zeit der Sultane zurückgekehrt. Durch die von ihr unterzeichneten Abkommen mit den USA, und zwar das über sogenannte „Hilfe“ vom 12. Juli 1947 und das über „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ vom 4. Juli 1948, hat die Regierung Hasan Saka dem amerikanischen Imperialismus und seinen militärstrategischen Plänen im Nahen und Mittleren Osten die Interessen des Landes und Volkes zum Opfer gebracht. Der USA-Botschafter ist zu einem regelrechten Statthalter Amerikas in der Türkei geworden. Die türkische Regierung hat ihm jeden Monat Rechenschaft abzulegen. Man hat zahlreiche amerikanische Militärberater, Finanziers, Sachverständige, Touristen und Journalisten ins Land gelassen. Die türkischen Behörden sind verpflichtet, allen diesen Agenten der amerikanischen Monopole vorteilhafte Tätigkeitsbedingungen zu verschaffen, so weit gehend, daß

ihnen alle möglichen Rechenschaftsberichte über den finanziellen und ökonomischen Zustand der Betriebe und Wirtschaftsorganisationen der Türkei zwecks „Kenntnisnahme“ vorgelegt werden müssen.

Von ungeheuerlichem Zynismus ist das bekannte „Türkisch-amerikanische Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit“, das von der Regierung Hasan Saka am 4. Juli v. J. unterzeichnet wurde. Dieses die Türkei an Händen und Füßen bindende Abkommen schafft durchaus geeignete Bedingungen für die Verwandlung der Türkei in eine amerikanische Kolonie, einen Absatzmarkt für amerikanische Waren und einen Lieferanten von Rohstoffen — Chrom, Erdöl, Kupfer.

Im Grunde genommen ist dieses Abkommen ein auf Rechtsungleichheit beruhender, für die Türkei knechtender Vertrag. Gegen das unklare Versprechen, amerikanische Waren liefern zu wollen, hat die Türkei ganz konkrete und knechtende Verpflichtungen übernommen. Die Ankaraer Regierung hat die Verpflichtung übernommen, sich nicht nur dem Marshallplan anzuschließen, sondern auch „ständige Bemühungen aufzubieten“, um die ökonomischen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Planes zu schaffen. Zu diesem Zweck aber muß sie „Maßnahmen ergreifen, um eine wirksame und operative Ausnutzung“ ihrer ökonomischen Hilfsquellen, besonders ihrer Rohstoffschätze, zu sichern. Das Abkommen verpflichtet die Türkei, die Erzeugung derjenigen Rohstoffarten zu steigern, die die USA brauchen werden. Der amerikanischen Regierung ist das Recht eingeräumt worden, der türkischen Regierung das Programm und den Charakter der Bauten in der Türkei zu diktieren. Die Türkei selbst verpflichtet sich, eine „großzügige Pressepropaganda“ zur Rechtfertigung des Marshallplans zu betreiben und der amerikanischen Propaganda in dieser Richtung „geeignete Bedingungen“ zu schaffen.

Sehr gefährlich für die Unabhängigkeit der Türkei ist es, daß dem Aufenthalt einer ständigen amerikanischen Sondermission, der „Mission für ökonomische Zusammenarbeit“, im Lande zugestimmt worden ist, die besondere Privilegien und diplomatische Immunität genießt.

Dank diesem Abkommen haben die amerikanischen Monopolherren die Möglichkeit erhalten, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen und sowohl über ihre Außenpolitik als auch über ihre Innenpolitik zu entscheiden. Sie machen von dieser Möglichkeit ausgiebigen Gebrauch.

Die Marshallisierung der Türkei bedeutet ihre restlose Unterordnung unter die Interessen der amerikanischen Monopole.

Die Monopolherren der Wall Street verwandeln gemeinsam mit den jetzigen türkischen Macht-habern die Türkei allmählich in ein Agrar- und Rohstoffanhängsel der USA und einen Absatzmarkt für amerikanische Waren. Das offiziöse türkische Blatt „Ulus“ war, als es mitteilte, daß die Amerikaner es abgelehnt haben, der Türkei eine Anleihe von 500 Millionen Dollar für wirtschaftliche Zwecke zu gewähren, zu der Feststellung gezwungen, daß die amerikanischen Geschäftsmacher an der Entwicklung einer nationalen Industrie der Türkei nicht interessiert sind, weil dies ihrer Politik, Rohstoffe und Profite aus dem Lande herauszupumpen, widerspricht. In der Türkei kann kein einziger Betrieb, der für die Friedensbedürfnisse der Bevölkerung arbeitet, sich auf amerikanische Kredite stützen. Die amerikanische „Hilfe“ ist vor allem dazu bestimmt, strategische Landstraßen, Eisenbahnen, Häfen, Flugplätze und militärische Stützpunkte anzulegen.

Man habe in der Türkei, so erklärt „Ulus“, erwartet, die amerikanische Hilfe werde einen „wirtschaftlichen Aufschwung im Lande“ hervorrufen, aber diese Hoffnungen seien nicht in Erfüllung gegangen. Weiter schreibt die Zeitung, der Import aus den USA trage einen „ungeregelten Charakter“, die Türkei werde „ohne Berücksichtigung der dringenden Bedürfnisse des Landes“ mit amerikanischen Waren überschwemmt.

Die türkische Presse wimmelt von Tatsachenangaben, die zeigen, wie die amerikanischen Monopolherren, gestützt auf die regierende Clique der Türkei, das Wirtschaftsleben des Landes Schritt für Schritt untergraben. Systematisches Hinschwinden des Goldvorrats, Drosselung der Industrie, besonders der Tabak- und der Textilindustrie, steigende Teuerung, Arbeitslosigkeit, Elend — das sind die Resultate der Marshallisierung der Türkei und der Politik der an der Macht stehenden Reaktionäre.

Alle Schranken für das Eindringen amerikanischen Kapitals in die Türkei sind jetzt gefallen. Profite dürfen ins Ausland transferiert werden. Um den Kurs des USA-Dollars zu heben, wurde eine Entwertung der türkischen Lira durchgeführt (die sogenannte Reform vom 7. September).

Der letzte Parteitag der am Staatsruder stehenden Republikanischen Volkspartei sowie der darauf folgende Stambuler Wirtschaftskongress von Ende November v. J. standen im Zeichen endgültiger Abkehr von der Kemalschen Politik der Verteidigung des nationalen Wirtschaftslebens, im Zeichen der Gewährung unbegrenzter Handlungsfreiheit für das Auslandskapital.

Die von amerikanischen Firmen und Monopolen mit einzelnen türkischen Stellen geschlossenen Privatabkommen sind gleichfalls auf Rechtsungleichheit aufgebaut und tragen einen für die Türkei knechtenden Charakter. Als Beispiel eines derartigen Vertrages kann das Sonderabkommen einer amerikanischen Firma mit der türkischen „Eti Bank“ dienen, worin diese Firma es übernimmt, die Förderung von Eisen, Blei, Schwefel und anderen Bodenschätzen in verschiedenen Bezirken der Türkei zu verbessern.

Nach Angaben der türkischen Presse werden in der Türkei jetzt zahlreiche „gemischte Gesellschaften“ verschiedener Art gegründet, aber jedesmal mit der obligatorischen Bedingung, daß der größte Teil der Aktien dieser Gesellschaften Vertretern der amerikanischen Monopole gehört. Solche Schaehergeschäfte haben die Radio Corporation of America, die Westinghouse Electric and Manufacturing Company, die Vulcan Iron Works Company und einige andere amerikanische Monopole, die in die mannigfältigsten Zweige der Erzeugung und des Handels der Türkei eindringen, abgeschlossen.

Die American Middle East Company, die mehr als 240 Firmen zusammenfaßt, hat vor kurzem eine eigene Filiale in der Türkei eröffnet. Der Vizevorsitzende dieser Gesellschaft, ein gewisser Howell, hat Journalisten mitgeteilt, das Gründungskapital der türkischen Filiale belaufe sich auf 200 000 türkische Lire, und mehr als 50 Prozent der Aktien würden sich in amerikanischen Händen befinden. Die amerikanische Export-Import-Bank hat in Stambul eine Filiale eröffnet, die 15 Millionen türkische Lire Grundkapital hat: 75 Prozent der Aktien dieser Filiale gehören amerikanischen Geschäftsleuten.

Die amerikanische Drilling and Exploitation Company hat mit einem türkischen Forschungsinstitut ein Abkommen geschlossen und wird Erdöl und Kohle in der Türkei erschürfen. Türkische Zeitungen betonen, daß nicht nur die Leitung des erwähnten Forschungsinstituts, sondern auch das Monopolrecht auf Erschöpfung der Naturschätze des Landes an amerikanisches Kapital übergegangen ist.

Amerikanische Monopole und ihre Agenten sind in alle Zweige der Wirtschaft und in alle

Glieder des Staatsapparats eingedrungen. Nach Zeitungsausschreibungen zu urteilen, gibt es in der Türkei kein einziges Ministerium, keine einzige Behörde, wo nicht amerikanische Ratgeber, Instrukteure, Untersuchungsbeamte ihre Hände im Spiel hätten.

Wie die türkische Zeitung „Kudret“ am 17. November v. J. mitteilte, hat der aus Amerika eingetroffene „Spezialist“ Charles Young den Zustand der Eisenbahnen sowie der Post- und Telegraphenanlagen der Türkei untersucht. Sein an das Eisenbahnministerium weitergegebenes Referat wird dessen Tätigkeit für 1949 zugrunde gelegt werden.

Meldungen dieser Art laufen in Menge ein. Die USA-Regierung beschränkt sich aber nicht darauf, in der Türkei bei jedem Ministerium Ratgeber, Dutzende ständiger Missionen des Heeres, der Kriegsmarine, der Luftflotte und andere Vertretungen, die sich in die inneren und äußeren Angelegenheiten des Landes einmischen, zu halten — sie hat auch die Tätigkeit der türkischen Regierung unter die direkte Kontrolle von Vertrauensmännern der Wall Street gestellt, die zu diesem Zweck regelmäßig Ankara besuchen. In letzter Zeit haben Royall, Harriman und andere nicht weniger hochgestellte Persönlichkeiten die Türkei besucht. Royall teilte auf einer Pressekonferenz in Ankara am 19. Dezember v. J. mit, der Zweck seiner Reise sei „die Inspektion türkischer Militärinstitutionen“.

Nach dem Zeugnis der türkischen sowie der amerikanischen Presse verhandelte Royall mit den regierenden Kreisen der Türkei über die Erhöhung der Militärausgaben, die Mechanisierung des türkischen Heeres, die Erweiterung der Rechte und Vollmachten der zahlreichen sich im Lande befindenden amerikanischen Missionen und militärischen Geschäftsmacher. Royall schürte durch seine Äußerungen die chauvinistisch-aggressiven Stimmungen der einheimischen Reaktionäre, indem er ihnen provokatorisch versicherte, die Türkei sei in militärischer Beziehung der stärkste Staat im Nahen Osten, an ihre „frühere Größe“ erinnerte und sie gegen die Sowjetunion scharf mache.

Harriman zeigte besonderes Interesse für Erdöl, Kohle und Erze. Auf einer Pressekonferenz vom 29. Dezember erklärte er, er sei nach der Türkei gekommen, um Mitteilungen über das Programm zu erhalten, das die türkische Regierung entsprechend dem Marshallplan vorbereitet.

Es ist der türkischen Presse aufgefallen, daß Außenminister Sadak während des Aufenthalts von Royall und Harriman in Ankara Journalisten erklärt hat, die Türkei sei „aufs äußerste“

interessiert am Ausgang der Washingtoner Verhandlungen über den Abschluß des Nordatlantikpakt“.

In diesem Zusammenhang schrieb die Zeitung „Istanbul“:

„Es besteht völlige Übereinstimmung der Meinungen zwischen der Türkei und den Staatsmännern der Mittelmeerländer, mit denen der türkische Außenminister zusammengekommen ist... Manche sagen sogar das Datum der Paktunterzeichnung voraus und bemerken, daß die Unterredungen, die Royall vor kurzem in Athen, Ankara und Neapel gehabt hat, mit diesem Projekt zusammenhängen.“

Aus den Mitteilungen der Londoner Presse ist bekannt, daß zu den britisch-amerikanischen strategischen Plänen im Nahen und Mittleren Osten auch das Projekt eines von der Türkei geführten „Blocks arabischer Staaten“ gehört.

Die regierenden Kreise der Türkei schüren die Kriegspsychose im Lande zu Nutz und Frommen ihrer amerikanischen Gebieter. Reaktionäre Zeitungen, besonders panturkistische Käseblättchen, befassen sich mit hemmungsloser Propaganda für einen Krieg. Die Kriegsausgaben werden maßlos erhöht, dem Volke werden immer neue Steuern und knechtende äußere und innere Anleihen aufgeladen. Die Staatsschuld belief sich 1948, wie der Medschlisabgeordnete Menderes erklärt hat, auf über 2 Milliarden Lire. Allein die direkten Mittel für das Ministerium der nationalen Verteidigung sollen nach dem Haushaltsentwurf für 1949 den Betrag von 462 Millionen Lire erreichen — mehr als den ganzen Staatshaushalt des Jahres 1941.

Um die militärischen Ausgaben decken zu können, wurden im vorigen Jahr dem Volk etwa 60 verschiedene Steuern auferlegt. Für 1949 aber ist eine Anzahl neuer Steuern vorgesehen, darunter eine Eisenbahnsteuer sowie Steuern auf Zucker und andere Güter des dringenden Bedarfs. In einer Debatte über das Gesetz betreffend die Erhöhung der Preise für Zucker und andere Nahrungsmittel suchten einige Medschlisabgeordnete wie zum Hohn zu beweisen, die Werktätigen könnten auch ohne Zucker leben. Wir führen hier an, was der Abgeordnete Ali Dilemre, ein Mitglied der regierenden Republikanischen Volkspartei, auf der Medschlistribüne von sich gab:

„Man sagt, das Fehlen von Zucker im Organismus führe zur Erkrankung an Tuberkulose. Aber das ist wissenschaftliches Geschwätz. Nicht darauf kommt es an. Alle des Lesens kundigen Menschen wissen, daß der Kaloriengehalt des Zuckers durch Mehl, ja sogar durch Bohnen ersetzt werden kann. Man sehe sich die Tiere an. Sie nähren sich ja nicht mit künstlicher Nahrung, und trotzdem sind die größten Tiere der Welt nicht wir, sondern die Elefanten. Schließlich ist es

gefährlich, den Kindern viel Zucker zu geben: sie fangen davon an zu husten.“

Die Politik hemmungsloser Ausplündерung des Volkes ruft im Lande eine riesige Unzufriedenheit hervor. Vor kurzem kam es im Medschlis zu einem kennzeichnenden Zwischenfall. Die Regierung Hasan Saka brachte eine Gesetzesvorlage ein, die „Luxus und Profite“ besteuern sollte. Bestrebt, dem Volke die letzten Säfte auszupressen, bezogen die türkischen Machthaber in den Geltungsbereich dieser Steuer auch die bettelhaftesten Einnahmen der arbeitenden Bevölkerung ein, selbst einen Lohn, der nicht hinreicht, um die nackte Existenz zu fristen. Als nun in der Debatte die Befürchtung zum Ausdruck kam, das Gesetz könne die Interessen der 300 000 bürgerlichen und gutsbesitzerlichen Familien der Türkei beeinträchtigen, wurde die Besteuerung von „Luxus und Profit“ abgelehnt, und die entsprechende Vorlage mußte als Vorwand für eine scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik des Hasan-Saka-Kabinetts herhalten, die nicht nur von der Opposition, sondern auch von der regierenden Republikanischen Volkspartei geübt wurde.

Die Gespanntheit der finanziell-wirtschaftlichen Lage der Türkei und der Bankrott ihrer Innenpolitik fanden ihren Ausdruck in der Medschlis-debatte über den Haushaltsentwurf für 1949, der von der Regierung Hasan Saka eingebracht worden war. Die Abgeordneten äußerten solche Besorgnis über die aussichtslose Lage des Landes, in die es infolge seiner übermäßigen und ganz ungerechtfertigten Kriegsausgaben geraten ist, daß der Haushalt schließlich nicht angenommen wurde. Der Medschlis sah sich gezwungen, eine präzedenzlose Entscheidung zu treffen, nämlich einen provisorischen Haushalt für einen Monat zu beschließen.

Während der letzten Regierungskrise, die Anfang Januar 1949 ausbrach, kam es im Medschlis zu einem höchst skandalösen Zwischenfall: der Eisenbahnminister Kasim Gülek lehnte es ab, den ihm vorgeschlagenen Posten eines Staatsministers für die auf Grund des Marshallplans geleistete amerikanische „Hilfe“ zu übernehmen.

Dieser politische Skandal rief bei den amerikanischen Herren und Gebietern Unzufriedenheit hervor. Das Ergebnis war, daß Kasim Gülek in die am 16. Januar gebildete türkische Regierung Şemseddin Günaltay, nicht aufgenommen wurde. Die Zeitung „Kudret“ bemerkte, Hasan Saka habe es nicht vermocht, die Mitglieder seines Kabinetts zur Ordnung zu rufen.

Der Wechsel der Ministerpräsidenten und die Kabinettsumschusterungen haben den Zweck, im Volke die Illusion zu schaffen, daß die regierende Partei sich bemüht, Mittel zu finden, um die Lage des Landes zu erleichtern. Das Volk schenkt jedoch den demagogischen Versprechungen der Handlanger des amerikanischen Imperialismus keinen Glauben. Selbst eine so reaktionäre Zeitung wie „Kudret“ schreibt, jede neue Regierung in der Türkei verschärfe die Lage des Volkes nur noch weiter und hinterlässe ihrer Nachfolgerin ein immer traurigeres Erbe.

In dem am 22. Januar proklamierten Programm der neuen türkischen Regierung Günaltay wird die Unveränderlichkeit der türkischen Außenpolitik betont. In dem Programm wird ausgeführt, die Türkei werde auch in Zukunft ihren Verpflichtungen und Abkommen mit den USA und England nachkommen, und das neue Kabinett werde ergänzende Maßnahmen ergreifen, um „die Initiative des privaten und ausländischen Kapitals zu fördern und zu erleichtern“.

In diesem Zusammenhang sagt „Ulus“ mit vollem Recht voraus, daß die Regierung Günaltay auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen wird, in die sich die Regierung Hasan Saka verwickelte.

Die Auslassungen der türkischen Zeitungen verraten die Unruhe der jetzigen Machthaber der Türkei, die für die zu Nutz und Frommen der britisch-amerikanischen Imperialisten durchgeführte verderbliche Außen- und Innenpolitik verantwortlich sind. Sie können sich in der Praxis davon überzeugen, daß keinerlei Repressalien die in den Volksmassen ansteigende Bewegung des Protestes gegen diese Politik zum Stehen zu bringen vermögen.

Internationale Umschau

(Notizen)

DREES' MISSGLÜCKTE FINTEN

Die mit allen Wassern gewaschenen englischen Imperialisten geben ihren holländischen Kollegen Ratschläge, wie das indonesische Volk am besten zu betrügen wäre und wie man seinen Willen zum Unabhängigkeitskampf brechen könnte. Das City-organ „The Times“ belehrt den Haag:

„Es ist eine Sache der größten Dringlichkeit für Holland, die Schaffung einer föderalen Interimsregierung zu beschleunigen.“

Diesen Ratschlägen Folge leistend, hat der holländische Ministerpräsident Drees Indonesien besucht. Unter dem Paukenschlag von Bombenangriffen und Beschießungen, denen friedliche Dörfer und friedliche Einwohner ausgesetzt waren, ließ Drees sich heuchlerisch über die „Souveränität“ Indonesiens aus. Er machte den Versuch, sich mit den verhafteten Mitgliedern der republikanischen Regierung zu verständigen. Drees erklärte sich bereit, die indonesischen Führer wieder an die Macht zu lassen, wenn sie dafür die holländische Okkupation billigen und künftig mithelfen, ganz Indonesien in marionettenhafte Vereinigte Staaten Indonesiens unter der Kontrolle der holländischen Behörden zu verwandeln.

Die Verhandlungen waren nicht von Erfolg gekrönt. Drees mußte mit leeren Händen nach 's Gravenhage zurückkehren. Jetzt haben sich die holländischen Kolonisatoren zu einer neuen Finte entschlossen. Sie haben ihren Kreaturen aus den sogenannten föderalen Staaten, die die indonesische Republik umgeben, den Auftrag erteilt, „selbständig“ mit den in Haft befindlichen Mitgliedern der indonesischen Regierung zu verhandeln.

Es ist unverkennbar, daß das indonesische Volk nicht vor den Okkupanten die Knie beugen will. Das beweisen zahlreiche Meldungen über die ansteigende Partisanenbewegung im Lande. Wie ANP aus Djokyakarta mitteilt, hat die indonesische Armee ihre Hauptkräfte behalten und zählt jetzt etwa 300 000 Soldaten und Offiziere. Große Verbände der Republikaner sind in die westlichen Bezirke Javas eingedrungen und entfalten dort militärische Operationen. Reaktionäre holländische Zeitungen — „Nieuwe Haagsche Courant“, „Nieuwe Courant“ — schreiben, daß auf Java und Sumatra Eisenbahnzüge zum Entgleisen gebracht werden und Kautschukplantagen brennen.

An diesen Ereignissen erkennt man besonders deutlich die Doppelzüngigkeit der Vertreter der USA und Englands im Sicherheitsrat. Sie schwätzen weiter über eine „geduldige und realistische“ Behandlung des indonesischen Problems, sie salbadern tiefsinzig über das „gefährliche Vakuum“, das sich angeblich bilden könnte, wenn die holländischen Truppen aus Indonesien abzögen. Sie bringen Resolutionen zur Annahme, die im Grunde genommen die holländische Aggression sanktionieren.

EIN GERICHTSVERFAHREN IN BEIRUT

Am 5. Februar fand in Beirut ein geheimes Gerichtsverfahren gegen Teilnehmer einer friedlichen Volksdemonstration seinen Abschluß, die im November v. J. vor dem Gebäude, worin die sogenannte UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Fragen der Volksbildung, Wissenschaft und Kultur tagte, stattgefunden hat. Libanesische Patrioten wandten sich damals an die Delegierten der Tagung mit dem Ersuchen, dem Volk zu helfen, die Befreiung der im Konzentrationslager Baalbek gefangengehaltenen Vertreter der nationaldemokratischen Bewegung — Journalisten, Schriftsteller, Lehrer und Arbeiter — durchzusetzen. Die Polizei prügelte die Demonstration auseinander und verhaftete viele Demonstranten, gleichzeitig aber auch manche demokratische Persönlichkeiten, die gar nicht an der Demonstration teilgenommen hatten. Zu diesen gehörte ein Delegierter der Tagung, Mustafa el Ariss, Vertreter der Weltföderation der Gewerkschaften, Mitglied ihres Exekutivkomitees und Vorsitzender des Landesgewerkschaftsbundes Libanon. Dieser Gewerkschafter hat vor Gericht folgende Erklärung abgegeben:

„Man verfolgte und verhaftete mich als Vertreter proletarischer Organisationen. Das Ziel dieser Machination ist es, die sich entwickelnde und erstarkende Gewerkschaftsbewegung im Libanon, die ein unversöhnlicher Feind des Imperialismus ist, zu vernichten. Man hängt mir den Zwischenfall mit der Demonstration an, aber ich befand mich bekanntlich zu dieser Zeit im Sitzungssaal und wußte nichts von den Ereignissen außerhalb seiner Mauern. Ich war stets und bleibe auch weiter ein Gegner jeder fremdländischen Herrschaft in meinem Lande. Ich sagte schon und wiederhole es, daß ich in diesem Prozeß das

Opfer ausländischer Intrigen bin, die sich gegen die Arbeiterklasse des Libanons richten.“

Nach Mustafa el Ariss ließen auch andere Angeklagte den Organisatoren der Gerichtskomödie eine würdige Abfuhr zuteil werden. Der Arbeiter Eljas Buari, ein Demonstrationsteilnehmer, erklärte:

„Wir haben friedlich gefordert, daß die politischen Gefangenen aus dem Konzentrationslager Baalbek befreit werden. Außerdem protestierten wir gegen die Politik der imperialistischen Staaten, gegen die sklavischen Verträge mit England und den USA. Wir wollen nicht, daß der Libanon einen Vertrag unterzeichnet wie die Verträge, die Transjordanien, den Irak und Ägypten in Knechtschaft halten.“

Einen großen Eindruck machte die Rede der Angeklagten Mari Samen. Nach dem Hinweis,

daß die Polizei die Demonstranten bestialisch mißhandelt und daß ein Polizist sie mit dem Revolverkolben geschlagen hat, sagte Mari Samen:

„Jedesmal, wenn wir Brot fordern, sagt man uns, wir seien Kommunisten; jedesmal, wenn wir Petroleum fordern, nennt man uns gleichfalls Kommunisten. Wenn diese unsere Forderungen Kommunismus sind, dann soll der Kommunismus leben!“

Obgleich ganz offenbar der Tatbestand eines Verbrechens nicht vorlag, wurde eine Anzahl demokratischer Persönlichkeiten zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. So wütet im Libanon die Polizeiwillkür, so wird mit denen abgerechnet, die mutig gegen die Reaktion und das Kolonialjoch, für die Unabhängigkeit und die demokratischen Freiheiten des Volkes kämpfen.

In der Mandschurei

(Reiseeindrücke)

J. SWETLOW

DER LÄRMENDE STROM der Fahrgäste trägt uns vom Bahnsteig in Harbin auf den breiten Bahnhofplatz hinaus. In dessen Mitte steht ein graues Granitmonument, errichtet zum Gedenken an die Soldaten und Offiziere der Sowjetarmee, die in den Kämpfen für die Befreiung der Mandschurei von den japanischen Okkupanten gefallen sind. Der Sockel versinkt in einem Blumenmeer.

Rechts in einer Ecke des Platzes hat sich vor einem großen Anschlagbrett eine Menschenmenge angesammelt. Hier ist der letzte Heeresbericht ausgehängt. Nicht alle Versammelten können die Hieroglyphen entziffern. Deshalb liest einer von denen, die dicht vor dem Anschlagbrett stehen, den Heeresbericht laut vor. Die Gesichter der Zuhörer strahlen: der Bericht meldet die jüngsten Siege der Volksbefreiungsarmee. Man hört leise Ausrufe: „Hao, hao! Hüng hao!“ (Gut, gut! Sehr gut!) Neben uns steht ein alter Chinesen verschossenem spitzem Strohhut und abgeragtem Baumwollanzug, eine lange Pfeife im Mundwinkel. Was er unter den Zustimmungsrufen der Anwesenden nach der Verlesung des Heeresberichts äußerte, sollten wir späterhin öfters hören:

„Der Sieg ist nah. Die Volksarmee sei bedankt!“

Unter lebhaftem Meinungsaustausch gehen die Leute auseinander, aber sofort nehmen andere ihren Platz ein. Wieder liest jemand aus freiem Antrieb den Heeresbericht laut vor...

Der Atem des Krieges weht in Harbin, der Hauptstadt der Mandschurei. Noch hat die junge chinesische Demokratie, die nach den schweren Jahren der japanischen Okkupation ihr Leben neu gestaltet, kein leichtes Dasein. Durch die Straßen der Städte fahren alte japanische Omnibusse, die scheinbar jeden Augenblick aus den Fugen gehen können. Aber die virtuose Geschicklichkeit der chinesischen Chauffeure läßt die weitere Verwendung der längst ausgedienten Wagen zu. Acht bis neun von je zehn solchen Wagen haben Holzgaserzeuger: es fehlt an Benzin. Die Warenlager in den Läden sind ziemlich begrenzt, es gibt nur das Allernotwendigste. Aber die Bevölkerung murrt nicht. Sie versteht die Schwierigkeiten der Kriegszeit.

In einem Laden der Kaolustraße beobachteten wir folgende Szene. Herein kamen ein paar Chinesen, die aus ihrem fernen Dorf nach Harbin gereist waren, um Einkäufe zu machen. Der Ladenbesitzer begann über die schweren Zeiten zu jammern und gab einige mißbilligende Worte

über die demokratischen Behörden von sich. Ein Bauer fuhr ihm heftig über den Mund:

„So kann nur ein Großbauer oder ein Spekulant reden. Wenn du irgendwas gegen die demokratische Staatsmacht vorbringst, dann klagst du damit das ganze Volk und also auch uns an. Die Staatsmacht sind wir, das Volk. Für uns sind hundert überzählige Patronen jetzt wichtiger als zehn überflüssige Tassen...“

Noch hat sich das chinesische Dorf äußerlich nicht verändert. Immer noch die gleichen niedrigen Lehmhäuschen, die engen, krummen Straßen und die primitiven landwirtschaftlichen Geräte. Aber nicht wiederzuerkennen sind vor allem die Menschen. Sie haben frischen Mut gefaßt. Im Dorf Kiaotoutsun, Kreis Kaiping, antwortete Su schenghai, der Vorsitzende des Bauernbunds, auf die Frage, welche Veränderungen in seinem Heimatdorf letzthin vor sich gegangen seien:

„Unser früheres Leben mit dem jetzigen zu vergleichen, das ist genau so, als wollte man die Finsternis mit dem Licht vergleichen. Unser Leben war früher endlose finstere Nacht, jetzt aber ist es sonniger Tag.“

Ehemals gehörte der ganze Boden um Kiaotoutsun dem Gutsbesitzer Sühangming. Niemand im Dorf besaß eine eigene Parzelle. Nach der Bodenreform erhielt jeder Bauer 8 bis 12 Mu Ackerland (1 Mu=0,06 Hektar). Die nach der Verteilung übriggebliebene Bodenfläche wird für gemeinsame Zwecke benutzt. Jeder Bauernfamilie sind aus dem konfisierten Besitz des Gutsherrn das notwendige landwirtschaftliche Inventar und Haushaltsgegenstände zugeteilt worden. Außerdem haben 32 besitzlose Familien insgesamt 86 Rinder und Pferde erhalten.

„Jetzt sind wir satt. Und der Volksbefreiungsarmee helfen wir nach Kräften“, bemerkte Suschenghai zum Schluß.

Im Dorf Sungtaitsi, Kreis Ulin, sind im Frühjahr 12 Mann freiwillig in die Volksbefreiungsarmee eingetreten. Die Bauern haben die Familien der Frontkämpfer unter ihre Obhut genommen. Waitschentschu, die Ehefrau eines Frontkämpfers, die mit drei kleinen Kindern daheim geblieben ist, sagte auf einer Gebietsversammlung der Frauen:

„Wie würde es uns gehen, hätte das demokratische System nicht solche Verhältnisse geschaffen? Und was hätten wir ohne die Hilfe der Dorfgenossen? Aber ich und meine Kinder sind jetzt mit allem Notwendigen versorgt...“

Die soziale Beistandsbewegung für die Frontkämpferfamilien ist in der Mandschurei spontan entstanden. Das ist für China gleichfalls eine neue

Erscheinung. Ja, was gibt es jetzt nicht alles Neues im mandschurischen Dorf! Jahrtausendalte Prinzipien sind bis auf den Grund erschüttert. Die neuen Verhältnisse haben die materielle Lage der Bauernmassen radikal verändert.

In der Mandschurei haben die Bauern freiwillig viele sogenannte Landwirtegruppen gegenseitiger Arbeitshilfe gebildet. Eine gewaltige Rolle spielte sie im Vorjahr, als das Land von einer Mißernte bedroht war. Dank jener Hilfe wurde das Frühjahrsäpfen zwei Wochen vor der Frist beendet, und durch die Ersparnis an Arbeits- und Zugkraft wurde die Bestellung bedeutender Flächen Brachlands ermöglicht.

Im Dorf Tsaijuan, Kreis Taopei, existiert schon das zweite Jahr eine Gruppe gegenseitiger Arbeitshilfe mit 32 Arbeitsfähigen. Sie verfügt über 45 Schang Boden (1 Schang entspricht fast einem Hektar) sowie über 10 Pferde und das notwendige Inventar. Für gute Produktionsleistungen hat die Gruppe zwei Geldprämien und die Wanderfahne des Kreises erhalten.

Der ländliche Handel lag in der Mandschurei bis 1945 gänzlich in den Händen von Privathändlern, Wueherern und Spekulanten. Diese Blutsauger waren die Geißel der chinesischen Bauernschaft. Jetzt richtet man im Dorf nicht nur Konsum- und Verkaufs-, sondern auch Produktionsgenossenschaften ein. Tsangtschungfu, Leiter der Ortsbehörden des Kreises Linkiang, Provinz Liaoning, berichtet folgendes über die gewaltige Bedeutung des Genossenschaftswesens:

„Wir betrachten die Genossenschaften als Wirtschaftsbrücke zwischen Stadt und Land, zwischen der gesellschaftlich betriebenen Wirtschaft und dem Privatproduzenten. Die Hauptaufgabe der Genossenschaften besteht in der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und in der Belebung des ländlichen Markts. An der Lösung dieser Aufgabe wird mit Erfolg gearbeitet.“

Während dreier Monate — vom Juni bis zum August v. J. — haben sich im Kreis Linkiang 44 neue Genossenschaften gebildet. Ihre Mitglieder sind zu 82 Prozent Armbauern und Tagelöhner, zu 9 Prozent Mittelbauern und zu 9 Prozent Arbeiter. Zwecks Anspornung der Genossenschaftstätigkeit hat die Kreisfiliale der Nordostbank den Genossenschaften im September ein sehr hohes Darlehen gewährt. Die Genossenschaftsbewegung entfaltet sich in sämtlichen Kreisen und Provinzen der Mandschurei.

* * *

Im Sommer 1948 wurde in Harbin eine Industriewarenausstellung eröffnet, auf der man über 3000 Warenarten zeigte: in der Mandschurei hergestellte Werkbänke und Maschinen,

darunter Drehbänke und Bohrmaschinen, verschiedene elektrische Geräte, Gasheizkörper sowie ein umfangreiches Lager von Kleineisenwaren und anderen Bedarfsartikeln. Die Ausstellung zeugt von den beträchtlichen Erfolgen der Industrie in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit Einführung der demokratischen Regierungsform.

Ein großer Teil der mandschurischen Industrie war von den Japanern zur Zeit ihrer Kapitulation vernichtet worden; ein anderer Teil der Unternehmungen hatte während des Bürgerkrieges Schaden genommen. Als die Volksbefreiungsarmee in die Mandschurei einrückte, lagen die Betriebe still.

Binnen dreier Jahre vermochten die demokratischen Behörden die Industrie in erheblichem Maß wiederherzustellen. Die Kohlenausbeute hat 1948 den Vorkriegsstand überschritten. Der Wiederaufbau der Roheisen- und Stahlindustrie hat beachtliche Fortschritte gemacht. Der erste elektrische Schmelzofen wurde 1947 in Betrieb genommen, 1948 der zweite und dritte. Anfang 1949 soll der Bau zweier Hochöfen zum Abschluß gelangen, die das Erz des in Tschengtsihe wiederhergestellten Bergwerks verarbeiten werden.

Alle Textilunternehmungen wurden von den Japanern bei ihrem Abzug aus der Mandschurei zerstört. Anfangs machte sich im Lande, zumal auf dem Dorfe, schwerer Mangel an Webstoffen fühlbar. Im Jahre 1948 wurde der Bau zweier Spinnereien und Webereien beendet. Nach dem Plan für die Entwicklung der Volkswirtschaft sollen 1949 noch zwei Fabriken in Betrieb gesetzt werden.

Wegen des Bürgerkriegs waren die demokratischen Behörden noch nicht imstande, den Bau industrieller Großbetriebe beträchtlich zu entfalten. Um so schneller wächst die Anzahl mittlerer und kleiner Unternehmungen. Diese Betriebe werden von den Behörden unterstützt, man gewährt ihnen langfristige Darlehen und beliefert sie mit Rohstoffen und anderem Material.

... In der Stadt Tsitsikar weilten wir im Maschinenswerk „Nunkiang“. Das Werk überbietet den Monatsplan für den Bau von Spinnmaschinen um 30 bis 35 Prozent. Fünf seiner Arbeiter sind Helden der Arbeit.

Kaohungling, Vorsitzender des Betriebsrats, berichtete uns, daß die Arbeiter nach der Kapitulation der Japaner das Werk aus eigenen Kräften wiederhergestellt und die Produktion in Gang gebracht haben. Die ganze Belegschaft nimmt am Arbeitswettbewerb teil. In der Pause erzählten uns die Arbeiter, wie sehr sich jetzt ihre Lebenslage verbessert hat. Der Reallohn hat sich gegenüber den Jahren der japanischen Okkupation verdoppelt...

Unlängst haben die Arbeiter der Harbiner Wollspinnerei auf einer Vollversammlung beschlossen, täglich anderthalb Stunden mehr zu arbeiten und die so verdienten Beträge in den Hilfsfonds für die Volksbefreiungsarmee abzuführen. Dem Beispiel dieser Arbeiter sind die Belegschaften vieler Industriebetriebe der Mandschurei gefolgt.

* * *

Selbst unter den schweren Verhältnissen und in der angespannten Situation des Bürgerkriegs wenden die demokratischen Behörden des Befreiten China den Bedürfnissen der Bevölkerung viel Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu.

Im Jahre 1947 entstand die Lösung: „Die Schulen auf für alle Lernwilligen!“ Das Schulgeld wurde auf ein Fünftel ermäßigt, überdies wurden in jeder Schule Sondergruppen unentgeltlich zu unterrichtender Schüler gebildet.

In der Mandschurei hat sich gegenüber dem Schuljahr 1944/45 die Anzahl der Schulen 1947/48 mehr als verdreifacht, die der Schüler vervierfacht.

Direktor einer Schule bei der Station Anta ist der 50jährige Lissianschung. Die Japaner, die seine fortschrittlichen Anschaulungen kannten, hatten ihm die Lehrtätigkeit untersagt. Lissianschung berichtet folgendes über das Leben seiner Schule:

„Wir haben neue, moderne Unterrichtsmethoden einzuführen begonnen. Alle Schulklassen haben unlängst neue Lehrbücher erhalten. Es ist unsere Pflicht, die Jugend zu nicht nur gebildeten, sondern auch ihrer Sache bewußten Menschen zu erziehen. In den Händen dieser Jugend liegt ja die Zukunft des demokratischen China...“

* * *

Im Eisenbahnwaggon las ein chinesischer Soldat seinen Kameraden die ins Chinesische übersetzte Erzählung Konstantin Simonows „Tage und Nächte“ laut vor. Der Vorleser wurde immer wieder von zustimmenden und begeisterten Zwischenrufen unterbrochen. Ein Soldat sagte:

„Wir wollen auch so sein wie die Sowjetmenschen. Die sowjetischen Soldaten und Offiziere sind im Leben wirklich so wie in diesem Buch. Aus solchen Büchern können wir etwas lernen.“

In der Bibliothek von Dsingu erzählte man uns, mit welcher Begier sich die Leser auf Boris Polewois in chinesischer Übersetzung erschienenes Buch „Ein Mensch von echtem Schrot und Korn“ gestürzt haben. Das einzige in der Bibliothek erhältliche Exemplar dieses Buchs mußte in zehn Stücke geteilt werden und wurde während eines Monats von etwa 150 Personen gelesen...

Die Werktägigen der Mandschurei vergessen nicht, daß Millionen ihrer Landsleute noch einen Kampf für das neue Leben führen, das in Nordchina schon blüht und gedeiht. An allen Ecken und Enden der Mandschurei hat sich die Hilfsbewegung für die Volksbefreiungsarmee entfaltet. Die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung versteht, daß nur die Errichtung der Volksdemokratie in ganz China und die Beendigung des Bürgerkriegs die neue Ordnung für immer verankern werden. Die Lokalzeitungen veröffentlichen täglich Mitteilungen über die Spenden, die für die Volksbefreiungsarmee aufgebracht worden sind. Es ist eine Regel, daß die Bauern bei der Durchführung der Bodenreform und der Verteilung beschlagnahmten Gutsherren- und Großbauernbesitzes richtliche Beiträge für den Fonds der Volksarmee stiften.

Die Anzahl der Freiwilligen, die sich zur Volksbefreiungsarmee melden, ist derart groß, daß die Truppenführung sich genötigt sieht, eine dreistufige Auswahl zu treffen: die Freiwilligen müssen sich gewöhnlich von drei Kommissionen, einer Bezirks-, einer Kreis- und einer Provinzkommission, mustern lassen.

Im Bezirk Hsinhai trugen sich binnen zehn Tagen 1430 junge Bauern in die Heeresliste ein, aber nur 520 wurden aufgenommen. Im Dorf

Hsinglungtsung bei Harbin war eine Werbekommission tätig, die bei der Auswahl der Freiwilligen sehr strenge Anforderungen stellte. Aus verschiedenen Gründen wurde 15 jungen Männern die Aufnahme in die Armee verweigert. Da bildeten sie eine Partisanenabteilung, wählten den 22jährigen Hsuschoutsing zu ihrem Kommandeur und begaben sich auf eigenes Risiko in den Bereich der Kampfhandlungen. Bald darauf wurde bekannt, daß diese Jugendabteilung einem großen regulären Truppenteil bei seinen Kampfoperationen bedeutende Hilfe geleistet hatte. General Lingpiao, der Befehlshaber der Nordöstlichen Volksbefreiungsarmee, sprach der Abteilung seinen Dank aus, und sie wurde feierlich in die regulären Truppenverbände eingereiht.

Der Patriotismus der Volksmassen bekundet sich in großen und kleinen Dingen an allen Lebensabschnitten. Hierin besteht die Kraft der chinesischen Demokratie. Die unter Führung der Kommunistischen Partei bei der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederherstellung erzielten Erfolge sind nicht nur für die Bevölkerung Chinas, die eine halbe Milliarde Menschen umfaßt, höchst bedeutsam. Als Leitstern und Vorbild dienen diese Erfolge auch anderen Ländern Asiens, deren Völker für die Befreiung aus den feudalen Ketten und dem kolonialen Joch kämpfen.

Auf Kuba

(Reisenotizen)

G. RUBZOW

DAS WAPPEN der Republik Kuba zeigt das von den Strahlen der aufgehenden Sonne beleuchtete Meer und den Schattenriß einer Palme auf einem Hintergrund von Hügeln. Es wäre jedoch richtiger, wenn diese kleine Inselrepublik ein Zuckerrohr und ein Tabakblatt im Wappen führte. Zucker und Tabak — sie sind es, um die sich schon seit vielen Jahrzehnten alles im Lande dreht.

Das fällt ins Auge, sobald man nur in der Hauptstadt Kubas, Havanna, anlangt. Maueranschläge und riesige Lichtreklamen preisen die Vorzüge des kubanischen Zuckers in allen Tonarten an. In den Lichtspielhäusern erscheinen, bevor ein neuer Hollywoodschlager abrollt, auf der Leinwand dringende Aufforderungen von Zucker- und Tabakfirmen, wie „Kauft Zucker!“, „Raucht Zigaretten!“, „Zucker ersetzt alle andern Lebensmittel!“. So versichern wenigstens die Inhaber der

Zuckergesellschaften. Schaltet man den Rundfunk Havanna ein, so hört man zwischen zwei Arien die einschmeichelnde Stimme des Ansagers, der nochmals und abermals die hervorragenden Qualitäten des von der Cuban American Sugar Company erzeugten Zuckers und des Tabaks „Vueltas Abajo“ anpreist. Über den Zucker und den Tabak schreibt man Gedichte, Revuen und sogar Schauspiele...

Durch die langjährigen Bemühungen der ausländischen Herren ist Kuba zu einem Land geworden, in dem nur zwei Pflanzensorten kultiviert werden, Zucker und Tabak. Die kleine Insel liefert etwa ein Fünftel des gesamten Zuckers der Welt, sie ist Hauptproduzentin und erste Exporteurin von Zucker für den Weltmarkt. Im vorigen Jahr ergaben die hiesigen Zuckerrohrplantagen einen Ertrag von 6 Millionen Tonnen.

Mit seiner Tabakerzeugung steht Kuba unter den Ländern Lateinamerikas an zweiter Stelle. Obwohl der Anteil des kubanischen Tabaks an der Tabakproduktion der Welt nicht groß ist, hat er sich durch seine hervorragende Qualität schon lange Weltruf erworben. Die Zigarrenmarke „Havanna“ ist schon seit vielen Jahren ein Symbol für hohe Qualität. Vor dem Kriege produzierte Kuba im Jahresdurchschnitt mehr als 22 Millionen Kilogramm Tabak, jetzt 33,7 Millionen.

... Kaum verläßt man Havanna, so sieht man Zuckerrohrplantagen, die sich zu beiden Seiten der Landstraße hinziehen. Neben den Obstgärten und den Tabakplantagen sind sie die hervorstechendste Eigenheit des kubanischen Landschaftsbildes. Reifes Zuckerrohr wird übermannshoch. Die mit den dichten Büscheln der Blütenrispen gekrönten Rohre bilden eine dichte Wand.

Zu Anfang des Sommers kommen Hunderttausende von Menschen, mit langen scharfen Messern, der „machete“, ausgerüstet, auf die Plantagen. Sie kappen die Rohre und laden sie auf Karren. Lange Karawanen mit Zuckerrohr ziehen nach den Bahnhöfen oder unmittelbar nach den Annahmestellen der Zuckerfabriken. Wohin man sieht, überall erblickt man Speicher mit dem berühmten kubanischen Zucker und daneben lange Reihen von Tabakspeichern...

* * *

Das USA-Kapital, das Kuba zu einer riesigen Zuckerfabrik und einer gigantischen Tabakfabrik machte, hat damit seine schwere Hand auf die ganze Volkswirtschaft der Insel gelegt. Die Naturreichtümer Kubas gehören in der Hauptsache USA-Monopolen, nach deren Pfeife die kubanischen Gutsbesitzer und Fabrikanten tanzen.

Die nordamerikanischen Kapitalanlagen in Kuba beliefen sich schon 1940 auf 560 Millionen Dollar. Im Jahre 1946 erreichten sie die Summe von 785 Millionen Dollar. Das ist fast ein Viertel aller Investitionen der USA in den Ländern Lateinamerikas.

Der Zucker Kubas gehört schon vor der Ernte nordamerikanischen und gemischten kubanisch-nordamerikanischen Gesellschaften, der Cuban American Sugar Company, der Cía. Azucarera Atlántica del Golfo, der General Sugar Estates, Inc., der United Fruit Sugar Company u.a. Durch diese Firmen lenken die USA-Geschäftemacher die Wirtschaft und Politik Kubas. Die Produktion der Zuckerfabriken ist zu mehr als zwei Dritteln in nordamerikanischen Händen. Einheimisches kubanisches Kapital macht in der Zuckerindustrie nur ein Fünftel aller Kapitalanlagen aus.

Die USA sind der Hauptexporteur und Exporteur kubanischen Zuckers. Von 1942 bis 1945 verkaufte Kuba den gesamten Zucker an die USA. Erst in letzter Zeit hat es begonnen, eine gewisse Menge selbständig auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Die koloniale Abhängigkeit von den USA macht Kuba der Willkür der Monopole gegenüber wehrlos. Geringste Schwankungen der Marktkonjunktur in Nordamerika wirken sich sofort auf die Wirtschaft der Insel aus. In letzter Zeit haben die Monopole, die eigennützige Ziele verfolgen, Kuba wiederholt schweren Prüfungen ausgesetzt und es an den Rand einer Wirtschaftskatastrophe gebracht.

So wurde in den USA im Juni 1947 durch Beschuß der Washingtoner Behörden eine Einfuhrquote für Zucker festgesetzt. Diesem Beschuß zufolge darf die Einfuhr 28,6 Prozent des gesamten Zuckerverbrauchs der USA nicht übersteigen. Zieht man in Betracht, daß Kuba früher 55 Prozent des in den USA verbrauchten Zuckers lieferte, so erkennt man mit aller Klarheit, welche Einbuße seine Zuckerindustrie erlitten hat.

Bald darauf versetzten die USA-Behörden Kuba einen neuen Schlag. Sie weigerten sich, einen vorläufigen Kaufvertrag für die ganze Zuckerrohrernte von 1948 abzuschließen. Die kubanische Industrie geriet in eine noch schwerere Lage. Eine erschreckende Arbeitslosigkeit setzte ein.

Auch die Tabakindustrie geriet in die Zange der USA-Willkür. Vor 1947 hatten die USA 90 Prozent des gesamten kubanischen Exports an Tabak und Tabakwaren angekauft. Aber schon 1947 schränkten sie die Einfuhr fast um die Hälfte ein. Auch andere Großverbraucher senkten den Import an kubanischem Tabak, und zwar Argentinien, Portugal und Uruguay. England lehnte es rundweg ab, Tabak und Tabakwaren in Ländern der Dollarzone zu kaufen. Infolge alles dessen sank der Tabakexport Kubas von 55,8 Millionen Dollar im Jahre 1946 auf 34,6 Millionen Dollar im Jahre 1947. Für den kubanischen Tabak gibt es keinen Absatzmarkt. Das Land hatte Mitte des vorigen Jahres 26 Millionen Kilogramm, also fast eine Jahresernte, vorrätig!

Die USA-Monopole, denen es gleichgültig ist, welche Folgen ihre Politik der „Regelung“ des kubanischen Exports für Kuba hat, beobachten argwöhnisch die Versuche der kubanischen Behörden, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Das in Havanna erscheinende Blatt „Hoy“ meldete vor einiger Zeit, Mitte 1948 hätten sich zwischen Kuba und Argentinien Verhandlungen über argentinische Fleischlieferungen angebahnt. Sofort mischte sich der Handelsattaché der USA in

Havanna in die Angelegenheit ein, suchte führende Regierungsmitglieder auf und spielte, wie aus Pressemeldungen hervorgeht, unzweideutig darauf an, daß solche Lieferungen unerwünscht seien. Nach ein paar Tagen kam dann die Meldung, die Fleischlieferungen aus Argentinien würden unterbleiben, da — unter dem argentinischen Vieh ein Fieber grassiere.

Kuba hat keine einigermaßen entwickelte Industrie. Um die Abhängigkeit der kubanischen Volkswirtschaft zu einer bleibenden Erscheinung zu machen, überschwemmen die USA-Industriellen den kubanischen Markt mit minderwertigen Standardwaren, die billig abgegeben werden. Die einheimischen Fabriken können damit nicht konkurrieren und schränken ihre Produktion ein. Im Herbst v. J. war die kubanische Regierung unter dem Druck von Washington gezwungen, eine der letzten noch gültigen Beschränkungen für die Einfuhr von Textilien aus den USA aufzuheben.

Reiche Leute aus den USA, die zur Erholung und Zerstreuung nach Kuba kommen, fühlen sich dort ganz wie die Herren im Haus. Sie halten es nicht einmal für notwendig, aus ihrer Verachtung für die Kubaner, die sie für eine exotische niedere Rasse ansehen, ein Hehl zu machen.

Charakteristisch ist, womit sich die nordamerikanischen Vergnügungsreisenden in Havanna die Zeit vertreiben. Die blasierten Liebhaber des Nervenkitzels haben nichts dagegen, sich zur Belustigung den Zweikampf des Menschen mit dem Haifisch anzusehen. Überall sieht man, wie solche Vergnügungsreisende nach einer Anzahl Cocktails an den Strand schlendern, wo sie bereits von Fischern und Hafenarbeitern erwartet werden. Für 100 Peso stürzt sich so ein kaltblütiger Kubaner, nur mit einem Messer bewaffnet, ins Wasser, um eins dieser Raubtiere zu erlegen. Der Zweikampf geht jedoch nicht immer gut aus. Häufig gibt der arme Mann für die 100 Peso sein Leben hin...

Es ist daher kein Wunder, wenn die „reichen Gäste“ aus den USA bei der einheimischen Bevölkerung nicht gern gesehen sind. Oft hören wir in einem Laden oder auf der Straße Bemerkungen über die Nordamerikaner, die alles andere als schmeichelhaft waren. Das Wort „Yankee“ ist in der kubanischen Umgangssprache fast zu einem Schimpfwort geworden.

* * *

In nordamerikanischen Reiseprospekten über Kuba wird das Land stets als die „Perle der Antillen“ und als „reichstes Land“ tituliert. Zwischen dem Leben des kubanischen Volkes und dem auf Wirkung berechneten Glanz, mit dem Havanna und seine eleganten Alleen vor den Vergnügungs-

reisenden prunken, besteht jedoch ein himmelweiter Unterschied.

Einmal betraten wir die Behausung eines Arbeiters in Havanna. Das Zimmerchen im Erdgeschoß des kleinen Häuschen war fast leer. Es fehlten nicht nur die notwendigen Möbel, sondern der Fußboden war nicht einmal gedielt. Das „Parkett“ des armen Mannes ist festgestampfte Erde. Der Hausherr stellte uns seine Familie vor. Wie wir erfuhrn, schlafen von den elf Personen zehn auf dem Fußboden. Man hat kein Geld, um Betten zu kaufen, und man hat auch keinen Platz, um sie aufzustellen. Das Oberhaupt der Familie ist ein ungebildeter Arbeiter. Er zieht mit einem Obstkarren umher. Auch die Kinder arbeiten. Drei Töchter sind Dienstmädchen in reichen Häusern, ein Sohn trägt Zeitungen aus. Das Gesamteinkommen der Familie beträgt höchstens 150 Peso im Monat, wovon sie nur ein Elendsdasein fristen kann.

Die Lebensbedingungen der Werktätigen in ihrer Masse unterscheiden sich nur wenig von dem, was wir in dieser Familie sahen. Kubas Arbeiterklasse zählt 15 Millionen, von denen 60 Prozent in der Landwirtschaft und den mit ihr verbundenen Industriezweigen beschäftigt sind; 500 000 Menschen arbeiten auf den Zuckerplantagen und in den Zuckerfabriken. Sie leben unter elenden Verhältnissen. Gesetzlich ist ein Lohnminimum von 40 Peso im Monat bestimmt, was unverkennbar zu wenig ist. An dieses Minimum halten sich die Unternehmer mit erstaunlicher Genauigkeit. Dafür bleibt der gesetzlich vorgeschriebene Achtstundentag in der Regel auf dem Papier. Fabrik- und Landarbeiter schuften 15 Stunden und mehr.

Die Arbeiterfamilie, die von 40 Peso im Monat leben muß, bekommt Fleisch niemals zu sehen. Sie lebt von billigem Obst und Brot. Nicht zu vergessen ist, daß die Einwohner Havannas und der andern Städte der Insel nicht nur Brot, sondern auch Trinkwasser kaufen müssen. Das Quellwasser in Kuba ist infolge schädlicher chemischer Beimischungen nicht trinkbar. Deshalb fahren jeden Morgen Lastautos und Karren mit Flaschen voll gereinigten Wassers durch die Straßen Havannas. Aber dieses Wasser kostet Geld. Eine zwei- oder dreiköpfige Familie muß (bei normalem Verbrauch) allein für Wasser 12 Peso im Monat ausgeben. Wenn aber eine Familie 7–8 Personen hat?

Der Reallohn des kubanischen Arbeiters sinkt ständig. Die Kaufkraft des Peso ist seit 1940 auf ein Drittel zurückgegangen. Die Preise steigen ununterbrochen. Bis November v. J. kostete ein Pfund Fleisch 33 Centavo. Später setzte die Regierung den Fleischpreis mit 36 Centavo fest.

Wirklich gutes Fleisch aber kostet das Doppelte und Dreifache. Die Preise für Brot und andere Lebensmittel werden künstlich hochgehalten.

Eine Geißel der arbeitenden Bevölkerung ist die Arbeitslosigkeit. Besonders haben die Landarbeiter darunter zu leiden, die auf Zucker-, Tabak- und Obstplantagen beschäftigt sind. Sie leisten überhaupt nur Saisonarbeit, die drei bis vier Monate im Jahr währt.

Schon seit langer Zeit führen die kubanischen Arbeiter einen ausdauernden Kampf um ihre elementaren Rechte. Ende Juni v. J. tagte in Havanna eine Konferenz von Arbeitern der Zuckerindustrie, auf der gefordert wurde, die Arbeiter sollten auch während der sogenannten „stilen Saison“, d. h. zur Zeit der erzwungenen Arbeitslosigkeit, Lohn erhalten. Die Industriellen aber weigerten sich, unterstützt vom Arbeitsminister, entschieden, dieser Forderung nachzukommen.

Später machten die Unternehmer Zugeständnisse und erklärten sich bereit, ein Lohnminimum sowie die Bezahlung für die „stille Saison“ zu gewähren. Sie behielten sich jedoch sogleich das Recht vor, die Lohnhöhe je nach dem Stand der Lebensmittelpreise zu verändern. Das war ein schlauer Winkelzug. Gleich nach der ersten unbedeutenden Senkung der Lebensmittelpreise erfolgte eine schroffe Senkung des „garantierten“ Lohns. Die Arbeiter befanden sich in einer noch schlimmeren Lage als vorher. Auch die versprochenen Zahlungen für die „stille Saison“ wurden ihnen vorenthalten. Die Inhaber der Plantagen und Fabriken weigerten sich, sie zu leisten, mit der Begründung, im Herbst v. J. sei aus „objektiven Gründen“ kein Zuckerrohr angepflanzt worden.

Die Unternehmer suchen der Schwierigkeiten durch verstärkte Ausbeutung der Werktätigen Herr zu werden. Sie gehen darauf aus, die Arbeiter zu Opfern, zum Verzicht auf ihre Forderungen zu überreden. So forderte der große Plantagenbesitzer Casanova, Vorsitzender der Assoziation der Zuckerfabrikbesitzer, die Arbeiter zu „enger Zusammenarbeit mit den Brotgebern“ auf und sagte:

„Das Problem besteht nicht darin, ob der Lohn erhöht oder gesenkt, ob die Zahl der Arbeitsstunden in der Fabrik gesteigert oder eingeschränkt werden wird. Es handelt sich um etwas viel Ernsteres. Die verstärkte internationale Konkurrenz macht es erforderlich, daß Kuba geeint ist, sonst wird es vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen; diese Schwierigkeiten kann man nur vermeiden, wenn man die Eintracht zwischen den Besitzern und den Arbeitern wiederherstellt.“

Mit dieser ungeschickten Demagogie will man die stets neuen Attacken auf das ohnehin schon

niedrige Lebensniveau der Werktätigen bemühen. Die kubanischen Industriellen suchen, nach dem Vorbild ihrer nordamerikanischen Kollegen, den Arbeitern alle Säfte auszupressen, ähnlich wie man dem Zuckerrohr den Saft auspreßt.

Die regierenden Kreise Kubas sehen voraus, daß eine weitere Einschränkung der Anbauflächen, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und eine Massenverelendung des Volkes starken Widerstand bei den Werktätigen auslösen werden. Deshalb wendet die Reaktion direkte Gewalt an und sucht die demokratische Bewegung im Lande zu zerschmettern.

Im vergangenen Jahr wurde eine Reihe von Terrorakten an populärsten Arbeiterführern verübt. Casillas, ein Hauptmann der kubanischen Armee, ermordete den Kommunisten Jesús Menéndez, den Gewerkschaftsführer der Arbeiter der Zuckerindustrie. Bisher ist der Mörder nicht bestraft worden. In den letzten Monaten sind mehr als 100 Gewerkschaftsführer Kubas dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen, darunter Fernandez Roig, Sekretär der Tabakarbeitergewerkschaft, Martinez Nogues, Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft, und Aracelio Iglesias, der Führer der Hafenarbeiter. Die Banditen, die diese Verbrechen begehen, blieben unbestraft. Manche von ihnen wurden sogar befördert, so ein gewisser Polizeimajor Azcuy, von dem Anton Lezcano, der zum Personal einer Autobuslinie gehörte, ermordet wurde.

Aber weder Terror noch Drohungen können die Willenskraft und die Organisiertheit der Werktätigen Kubas brechen. Die Morde und Gewaltakte, die von den regierenden Kreisen provoziert waren, haben unter weitesten Bevölkerungskreisen eine Welle des Protestes ausgelöst. Nach dem Mord an Jesús Menéndez ließen beim Präsidenten der Republik Unmengen von Telegrammen mit Äußerungen der Entrüstung über dieses verbrecherische Attentat ein. Die Regierung sandte eiligest Polizei in die Arbeiterbezirke, um zu verhindern, daß die Entrüstung der Werktätigen sich Bahn bricht.

Die Arbeiterklasse Kubas gibt dem Druck der Reaktion nicht nach. Die fortschrittlichen kubanischen Gewerkschaften, die mehr als 400 000 Mitglieder zählen, sowie die kubanische Sozialistische Volkspartei kämpfen energisch für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Volkes, gegen die koloniale Knechtung Kubas durch den USA-Imperialismus. Dieser Kampf verschmilzt mit der Gesamtbewegung der Völker Lateinamerikas für wirtschaftliche Selbständigkeit und politische Unabhängigkeit.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

Auf frischer Tat ertappte Kriegsbrandstifter

Die Erklärung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion über den Nordatlantikpakt warf ein grelles Schlaglicht auf die dunklen Machenschaften der englisch-amerikanischen Imperialisten, die zu einem neuen Kriege rüsten. Kein Wunder also, wenn diese Erklärung im Lager des Imperialismus äußerste Bestürzung hervorgerufen hat.

Die Presse der Monopole in den USA und England hat die sowjetische Erklärung nicht vollständig abgedruckt. Einzelne willkürlich herausgerissene Auszüge wurden im Handumdrehen entstellt und mit verlogenen Kommentaren versehen, die den Zweck hatten, der Erklärung einen falschen Sinn unterzuschieben.

Was tischen die zahlreichen Rundfunkbeobachter und Kommentatoren der reaktionären Zeitungen beiderseits des Atlantischen Ozeans dem Publikum auf? Sie wiederholen die Thesen der bekannten Erklärung des Staatsdepartements, in der der plump Versuch gemacht wird, den aggressiven Nordatlantikpakt durch Berufung auf Erfordernisse der „Verteidigung“ seiner Teilnehmer zu rechtfertigen. Wie absurd diese Versuche sind, hat die Erklärung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion schlüssig bewiesen. In dieser Erklärung ist der aggressive Charakter dieses neuen Unternehmens der Imperialisten an Hand zahlreicher Tatsachen enthüllt worden. Aber was scheren sich die englisch-amerikanischen Propagandisten um die Tatsachen? Hartnäckig leiern sie wie ein auswendig gelerntes Sprüchlein die Ausflüchte ihrer Auftraggeber her.

Erstens versichern sie, an der Entstehung von Plänen für die Bildung des Westblocks und des Nordatlantikpakts sei niemand anderer schuld als die Sowjetunion. Dieses Lügenmärchen wird durch die Lesart unterbaut, schon lange vor dem Entstehen des Projekts für den Nordatlantikpakt habe es einen „Block osteuropäischer Staaten“ gegeben. Mit Hilfe von Taschenspielertricks suchen die Urheber dieser Lesart die Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit, die nach dem Kriege zwischen der Sowjetunion und den ost-europäischen Ländern abgeschlossen wurden, als „Blockbildung“ hinzustellen. Jeder, der gesunden Menschenverstand hat, ist sich jedoch über die Böswilligkeit derartiger Gaunerstückchen klar. Es genügt schon, an die Tatsache zu erinnern,

dass alle diese Abkommen durchaus greifbare Ziele haben. Sie weisen auf die Notwendigkeit der Abwendung einer neuen Aggression Deutschlands hin. Das gleiche Ziel verfolgen die bestehenden Verträge der Sowjetunion mit England und Frankreich. Im Gegensatz hierzu weisen weder die Westliche Union noch der Nordatlantikpakt eine derartige Bedingung auf, ganz im Gegenteil, sie nehmen in Aussicht, Westdeutschland als aktiven Teilnehmer zu Militärbündnissen gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie heranzuziehen.

Weiter suchen die englisch-amerikanischen Propagandisten die Öffentlichkeit durch die Behauptung irrezuführen, die Sowjetunion habe die Westmächte genötigt, separate Beschlüsse über Westdeutschland zu fassen, da sie „die Ostzone Deutschlands von den übrigen Landesteilen trennte“. Daher seien also die englisch-amerikanischen Behörden gezwungen gewesen, die Beschlüsse der Alliierten über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Westdeutschlands auf eigene Faust zu erfüllen, um Westdeutschland in die „friedliebende Familie“ der westeuropäischen Staaten einzugliedern.

Wieviel Mißachtung für die Völker, die unter der Hitleraggression gelitten haben, spricht aus derartigen „Argumenten“! Wer weiß nicht, dass die westlichen Besatzungsbehörden ganz bewußt den deutschen Nazismus und Militarismus fördern? Wer weiß nicht, auf wessen Initiative Ende 1946 die sogenannte „wirtschaftliche“ Zusammenfassung der deutschen Westzonen erfolgte, die den Anfang zur Spaltung des Landes und zur Bildung des berüchtigten Bizoniens, einer Domäne der deutschen Revanchisten, darstellte? Wer erinnert sich nicht an die separaten Beschlüsse einer ganzen Serie von Konferenzen in London, Frankfurt am Main u. a.? Wer weiß nicht, auf wessen Fingerzeig hin die deutschen Separatisten jetzt in Bonn das Projekt einer sogenannten Verfassung für einen westdeutschen Marionettenstaat ausarbeiten?

Der bekannte amerikanische Beobachter Walter Lippmann schrieb am 1. Februar d. J. in der „New York Herald Tribune“, Versuche, die Sache so hinzustellen, als ob die USA Deutschland entwaffnet und demilitarisiert erhalten wollten, hätten mit dem wahren Tatbestand nichts gemein. Er schrieb, es wäre „unehrlich“, sich den

Anschein zu geben, als ob es in den USA jetzt keine einflußreichen Kreise gäbe, die der Ansicht sind.

„die deutschen Menschenreserven und das deutsche Industriepotential könnten schließlich in das nordatlantische System eingeschlossen werden“.

Lippmann betont, daß gerade deshalb

„der in Vorschlag gebrachte westdeutsche Staat, im Grunde genommen ein Marionettenstaat der westlichen Besatzungsmächte, von so großer diplomatischer Bedeutung ist“.

Diese Geständnisse Lippmanns, eines alten Troubadours des USA-Imperialismus, sind sehr bezeichnend. Sie enthüllen erneut, wie lägenhaft es ist, wenn manche Leute sich über die Treue Washingtons und Londons für die Prinzipien von Jalta und Potsdam auslassen.

Schließlich suchen die Fürsprecher des Nordatlantikpakts der Welt weiszumachen, die UNO sei durch die „Obstruktion“ der Sowjetunion geschwächt, und deshalb bleibe den Westmächten nichts anderes übrig, als diese Organisation durch den Nordatlantikpakt zu „stützen“ (so eben drückte sich der politische Kommentator der BBC aus).

Es lohnt wohl kaum, sich bei dieser bis zum Überdruß bekannten Verleumdung, die Sowjetunion treibe in der UNO „Obstruktion“, auch nur aufzuhalten. Es ist ja bekannt, daß gerade die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie die einzigen konsequenten Verfechter der Prinzipien des Friedens und der Völkerfreundschaft sind, die dieser Organisation zugrunde liegen. Um so kennzeichnender ist der Versuch, den Nord-

atlantikpakt als eine Art „Stütze“ für die UNO hinzustellen. Eine schöne „Stütze“, wenn die Verhandlungen über ihre Schaffung hinter dem Rücken ihrer Teilnehmer, unter Umgehung ihrer Satzung geführt werden, der Nordatlantikpakt selbst aber sich gegen eine Reihe von Mitgliedern der internationalen Organisation richtet!

Zahlreiche Tatsachen, die in der Erklärung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion angeführt sind, zeugen unwiderlegbar davon, daß der Nordatlantikpakt nichts anderes ist als ein Sprengstollen, der unter die UNO gegraben wird. Charakteristisch ist, daß sogar Eichelberger, der Direktor der Amerikanischen Assoziation für die Vereinten Nationen, der beteuert, er trete keineswegs gegen den Nordatlantikpakt auf, dennoch zugeben muß, daß die USA durch Unterzeichnung dieses Pakts „die UNO schwächen“ können.

Die Propagandatricks der Verfechter des Nordatlantikpakts können nur solche Leute irreführen, die betrogen sein wollen. Diese Tricks zeugen von der ohnmächtigen Wut der auf frischer Tat erfaßten Kriegsbrandstifter, von der Aussichtslosigkeit ihrer abenteuerlichen Pläne.

Jetzt wie in Zukunft führt die Sowjetunion, unterstützt von den demokratischen Kräften der ganzen Welt, einen beharrlichen Kampf gegen die Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen Krieges, für einen dauerhaften demokratischen Weltfrieden.

V. Beresjukow

Eine Extraerfindung der „Stimme Amerikas“

Die „Stimme Amerikas“ schickte am 18. Januar abends die Nachricht in den Äther, daß das Marineministerium Dänemarks die dänischen Schiffe darauf hingewiesen habe, in Sowjetgewässern Vorsicht walten zu lassen, da die Sowjetunion sich angeblich geweigert habe, die internationalen Schifffahrtsbestimmungen, die einen sicheren Schiffsverkehr garantieren, einzuhalten.

Dies ist eine äußerst böswillige Lüge. Das dänische Marineministerium hat eine derartige Warnung nicht ergehen lassen und hatte auch gar keine Veranlassung dazu, aus dem einfachen Grunde, weil die Sowjetunion nicht den geringsten

Versuch unternommen hat, die internationalen Schifffahrtsbestimmungen zu verletzen.

Die „Stimme Amerikas“ ist schon wiederholt grober Verleumdungen gegen die Sowjetunion überführt worden. Die Lüge über Nichteinhaltung der internationalen Schifffahrtsbestimmungen durch die Sowjetunion bestätigt nur, wie unverzüglich diese „Stimme“, die in der demokratischen Öffentlichkeit mit Recht den denkbar schlechtesten Ruf genießt, mit den Tatsachen umspringt.

R. N.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Warschaus Wiedergeburt

N. SERGEJEW

DAS Polnische Archiv für Heimatkunde und Photourkunden hat einen Sammelband photographischer Dokumente erscheinen lassen, betitelt „Warschau. 1945—1948“*. Dieses in vier Sprachen herausgegebene Sammelwerk, das die Geschichte des Wiederaufbaus der zerstörten Hauptstadt Polens darlegt, verdient die Beachtung der Öffentlichkeit.

Das polnische Volk hat seine Hauptstadt stets geliebt und ist immer stolz auf sie gewesen. Es hat Warschau im Kampf gegen die Hitlerschen Landräuber heroisch verteidigt. Diese Stadt allein hat während des Kriegs mehr Menschenleben eingebüßt als die USA und England zusammen.

Dreimal wurde Warschau von den Hitlerfaschisten verheert. Im September 1939 hatte die Stadt unter Bombenangriffen zu leiden. Im Frühjahr 1943 machten die Hitlerleute den ganzen Nordteil der Stadt dem Erdboden gleich, nachdem sie die Überreste der jüdischen Bevölkerung bestialisch ausgerottet hatten. Zuletzt wurde die Stadt von den Hitlerbanditen nach dem Aufstand im Jahre 1944 verwüstet.

Als das polnische Volk am 17. Januar 1945 seine Hauptstadt zurückhielt, lag sie in Trümmern. Am linken Weichselufer waren fast alle Häuser vernichtet. Wasserleitung, Kraftwerke, Kanalisation und Straßenbahn — all dies war außer Betrieb gesetzt, all dies war zerstört. Manche Bezirke waren völlig vom Erdboden weggefegt.

Das Schreckensbild der Zerstörung Warschaus ist in den Aufnahmen des ersten Sammelbandteils aufbewahrt. Brandstätten, klaffende Mauerlöcher, Straßen in Trümmern, Plätze in Trümmern, Brücken in Trümmern. Ein verkohlter, verunstalterteter einsamer Baum vor einem wüsten Steinhaufen — schwerlich mag selbst ein alter Warschauer auf diesem Bild den Königspalast, eine der schönsten Stätten Warschaus, erkennen. Auf den mit Trümmern übersäten Plätzen zeugen gestürzte Denkmäler vom Hitlervandalismus. Die faschistischen deutschen Landräuber haben die Kulturstärke des polnischen Volkes, seine historischen Reliquien, vorsätzlich vernichtet.

Von 940 Schulen wurden 658 völlig zerstört... Von 440 Krankenhäusern und Heilanstalten wurden 352 vernichtet... Von 2800 Industriebetrieben wurden 2520 verwüstet... Es wurden sämtliche Brücken gesprengt...

Da sehen wir die eingestürzten Mauern des Markts in der Altstadt. Die Überreste eines Bahnhofs. Niedergebrannte Häuser in der Ulica Piwna. Die Trümmer einer Kirche. Kummercvolle Frauengestalten auf den Brandstätten eines Wohnhauses. Es ist wie ein Angsttraum...

Die Ulica Świętokrzyska war 1938 eine ebmäßige, gerade und reine Straße mit schönen großen Gebäuden; das altärmliche Brühlpalais mit seinem zierlichen Gitter, seinen erlebten Stuckverzierungen und Skulpturen erhob sich auf dem Plac Zwycięstwa; vor einem Wolkenkratzer lag der Napoleonplatz mit schönen Häusern in gotischem Stil und mit dem üppigen Grün der Anlagen. Daneben dann Aufnahmen von 1945: Sand- und Schotterhaufen, entblößte Treppenhäuser in der Ulica Świętokrzyska; eine Anhäufung unförmiger Trümmer an Stelle des Brühlpalais; das kahle Eisenbetongerüst des Wolkenkratzers am Napoleonplatz, wo nichts mehr an friedliche gotische Konturen, an Bäume, Bürgersteig und Asphalt erinnert.

Und die Steinwüste des Warschauer Gettos! Es lässt sich sogar schwer bestimmen, welchen Teil des Muranówbezirks dieses oder jenes Photo darstellt. Die Überreste der Wachtürme und der Gettomauern sind historische Wahrzeichen. Von diesen Türmen aus betrieben Hitlers Soldaten ihre Menschenjagd. Die ins Getto gesperrten Juden erhoben sich im Frühjahr 1943 zu einem ungleichen heroischen Kampf gegen ihre Peiniger...

Der Schlussabschnitt des ersten Sammelbandteils trägt den Titel: „Das befreite Warschau“.

Die ersten Aufnahmen zeigen die Kämpfe im Vorgelände der Warschauer Vorstadt Praga und das Erscheinen der Sowjetkämpfer auf den Ruinen der Kierbedziabrücke. Auf den nächsten Bildern sind Einwohner Warschaus vor erlöschenden Bränden zu sehen. Ermattet, erschöpft, doch mit frohen, lächelnden Mienen kehren sie auf Fahrrädern in die Stadt zurück; ihre Siebensachen befördern sie in Kinderwagen, auf Schubkarren

* Warszawa. 1945—1948. Polskie Archiwum krajoznawcze i fotografii dokumentarnej oraz warszawska spółdzielnia księgarsko-wydawnicza „Światowid“.

und Bauernwägelchen. Zwischen den Ruinen beginnt sich das Leben zu regen. Von einem großen Lastauto herab verteilt man Lebensmittel. Die Aufschrift am Wagenrand zeigt, daß die sowjetische Truppenführung gemeinsam mit dem polnischen Nationalen Befreiungskomitee die Lebensmittelversorgung geregelt hat.

Und noch eine Aufnahme: mit Ovationen empfängt die heimkehrende Bevölkerung die siegreichen sowjetischen und polnischen Truppen, die den weichenden Feind verfolgen. Auf dem nächsten Photo sieht man eine eindrucksvolle Parade der Befreierarmee auf der Jerusalemer Allee...

Das polnische Volk erhielt im Januar 1945 eine zu 85 Prozent zerstörte Stadt. Nichtsdestoweniger hat, so lesen wir in dem Sammelband,

„die Regierung des demokratischen Polen, ohne zu zaudern, das in Trümmern liegende Warschau unverzüglich als Landeshauptstadt anerkannt“.

Hier beginnt das Wunderwerk der Wiederherstellung Warschaus. Wie die Verfasser des Sammelbands schreiben, setzte man alle Hoffnung

„auf den Enthusiasmus des einfachen Menschen, für den Warschau — selbst das ganz und gar zerstörte — nicht aufgehört hat, die teuerste Stadt auf Erden zu sein“.

Die Hoffnung war berechtigt. An Hand der Bilddokumente vermag man sich vorzustellen, mit welcher Tatkraft und welcher Enthusiasmus das polnische Volk seine Hauptstadt wiedererbaut.

Der zweite Teil des Sammelbands heißt denn auch: „Warschau Wiederaufbau“. Dieser begann schon *an dem Tage nach der Befreiung der Hauptstadt*: am 18. Januar 1945.

Die Sowjettruppen halfen der Stadt. Die Verfasser des Sammelwerks schreiben:

„Der brüderliche Beistand der Sowjetunion in der schwersten Zeit des Jahres 1945 haftet auf ewig im Gedächtnis der Bevölkerung Warschaus.“

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung wird organisiert, die Wasserleitung, die Kraftwerke, die Gasleitung und das Verkehrswesen werden wiederhergestellt. All dies waren unaufschiebbare Aufgaben. Und gleichzeitig mußte man die Trümmer wegräumen und zehntausende Leichname bestatten, die in Anlagen, auf Fahrdämmen und Bürgersteigen verschüttet unter Steinhaufen lagen.

In der Photoserie sind diese ersten Tage des heroischen Kampfs mit der Trümmerwelt festgehalten. Fast mit bloßen Händen, mit primitivsten Werkzeugen — Hacke, Haue, einem Stück Eisenstange — räumen Männer, Frauen und Kinder die Straßen auf. Da entrückt eine Gruppe Studenten in kommentgemäßem Mützen das Gebäude ihrer Lehranstalt. Halbwüchsige Schüler sortieren Ziegelsteine an der Stelle, wo sich ihre Schule

befand. Einfache Bauernwagen fahren Schrott und Schotter davon.

Allmählich tauchen Bagger, Hebekräne und Lastkraftwagen auf. Moderne technische Ausrüstung beschleunigt die Wiederaufbaurbeiten. Geröll und andere Reste werden als Baumaterial verwendet. Die Instandsetzung der Häuser beginnt. Auf den Abbildungen sind von Gerüsten umgebene Gebäude zu sehen. Die Straßen sind schon von Trümmern befreit und asphaltiert, man sieht Gestalten, die nicht in den Ruinen hin und her laufen, sondern ihren Geschäften nachgehen.

Vor unseren Augen ersteht die Stadt aus Ruinen, sie reinigt und verschönert sich. Aufs neue sind breite, saubere Straßen mit großen Häusern zu sehen. Die Aleja Niepodległości (Unabhängigkeitallee) ist fast ganz wiederhergestellt. Zum Vorschein kommt das schöne, große, in modernem Stil gehaltene Gebäude des Ministeriums für Landesverteidigung. Es tauchen Schulen und Gymnasien auf sowie die Zentrale Landwirtschaftsschule und das Staszicpalais, in dem die Warschauer Wissenschaftliche Gesellschaft untergebracht ist. Wiederhergestellt werden Krankenhäuser, Paläste und Brücken. Schon 1946 ist das von den Hitlerleuten niedergebrannte Sejmgebäude wieder aufgebaut worden. Im Stadtzentrum sind das Polnische Theater, das Postamt und das Hotel Bristol wiedererrichtet. Neben dem Platz der Lubliner Union baut man einen ganzen Häuserblock. Die Kopernikusstraße hat sich belebt. Noch sind die verkohlten, verdornten Zweige der vom Krieg verstümmelten Bäume sichtbar, aber schon beginnen die Büsche zu grünen, schon schimmern an den Häusern frisch eingesetzte Fenster. Eine schöne kleine Villa im Mokotówbezirk sieht so friedlich aus, als hätten hier niemals Hitlerhorden gewütet.

Am fünften Jahrestag des Gettoaufstands, am 19. April 1948, wurde das Denkmal für die Helden und Opfer des Aufstands enthüllt, ein Werk des Bildhauers Daniel Rappaport. Auf dem nächsten Photo erkennt man das erhabene Denkmal der Befreiung und der polnisch-sowjetischen Waffenbrüderschaft. So erscheinen neue historische Reliquien des polnischen Volks an Stelle der von den Hitlerfaschisten zerstörten.

Der Wiederaufbau erfolgt in ungewöhnlich raschem Tempo. Buchstäblich vor unseren Augen ersteht Warschau aus der Asche. Und selbst aus den Abbildungen ist ersichtlich, welche Riesenarbeit vollbracht ward, zumal da das einzige Land, das Warschau in dieser schwersten Zeit materiellen und technischen Beistand geleistet hat, die Sowjetunion war. Die Verfasser des Sammelbands unterstreichen dies, indem sie erinnern: von anderen Staaten, die

„uns beim Wiederaufbau mit den notwendigen Ausrüstungsgegenständen hätten helfen können, haben wir absolut nichts außer unnützen Ratschlägen erhalten, die unsere Staatsordnung betreffen.“

Solche Ratschläge brauchte Polen wirklich nicht, denn das polnische Volk hat sich für seinen Weg, den Weg der Volksdemokratie, den Weg zum Sozialismus, entschieden.

Warschau wird, wie das Sammelwerk hervorhebt, als Hauptstadt des demokratischen Polen, eines Polens des einfachen Volks, wiedergeboren.

Die Bilddokumente vermitteln eine Vorstellung davon, wie bestimmt sich mit dem Wiederaufbau der Stadt die Umrisse dieses neuen Warschau abzeichnen, der Hauptstadt eines Landes, das auf dem Weg über die Volksdemokratie zum Sozialismus voranschreitet.

Der dritte Teil der dokumentarischen Photosammlung heißt „Das Warschau der Zukunft“. Bei der Wiederherstellung der künstlerischen und historischen Kostbarkeiten und Reliquien der Stadt bemühen sich die Baumeister, wie sie selber sagen,

„die Fehler unserer Väter und Großväter wiedergutzumachen, die Warschau nach den Bedürfnissen der besitzenden Klassen und Schichten gebaut haben...“

Wir wollen, daß... Warschau seinen Einwohnern bequeme, gesunde und kulturvolle Daseinsbedingungen sichert. Wir wollen, daß es sie durch seine baukünstlerische Schönheit begeistert, daß es eine Stadt ist, die für sie schon allein durch ihr Aussehen zu einem Born der Freude und des schöpferischen Aufschwungs wird.“

Ein detaillierter Plan zeigt deutlich dies künftige Warschau. Es wird die gewaltige Fläche von 180 000 Hektar einnehmen. Die Hauptstadt wird eine Untergrundbahn und eine elektrische Stadtbahn besitzen.

Die Planung der Stadtbezirke erfolgt mit größtem Bedacht. Die Regierungsämter, die politischen und andere Organisationen sowie die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen werden im Zentrum etabliert. Die Industriebezirke werden in der Nähe der Bahnstrecken angelegt, damit Lärm und Rauch der Betriebsarbeit das Leben der Hauptstadt nicht stören.

Bei der Planung der Wohnviertel wird zugleich die Verteilung von Parks, Theatern, Kinos, Klubs, Bibliotheken, Cafés und Sportplätzen vorgenommen.

Die Verwirklichung dieses grandiosen, kühnen und schönen Plans setzt schon ein. Als künftig wichtigste Verkehrsader der Hauptstadt wird die Marszakowska verlängert und verbreitert. An ihrem Hauptabschnitt wird diese Straße 120 Meter breit sein. Man baut Siedlungen für Arbeiter und Angestellte sowie einen Komplex von Parlamentsgebäuden. Beendet ist der Bau des Industrieministeriums. Das „Haus des polnischen Worts“, eine große Buchdruckerei, ist fundamentiert. Vor unseren Augen ersteht das neue große Gebäude der vereinigten Partei der polnischen Arbeiterklasse (Vereinigte Arbeiterpartei Polens). Die Mittel für seine Errichtung sind durch freiwillige Spenden der Parteimitglieder aufgebracht worden.

Die Herausgeber des Sammelbands schreiben:

„Um den Sinn der Wiederherstellung Warschaus in seiner ganzen Fülle zu erfassen, um eine Vision des Warschaus von morgen zu erhalten, muß man begreifen, daß dies Gigantenwerk un trennbar mit den tiefsten Umgestaltungen im Leben unseres Volks verknüpft ist. Nur die Volksmacht, die werktätigen Massen konnten die Verwirklichung einer solchen scheinbar unerfüllbaren Aufgabe übernehmen, wie es der Wiederaufbau einer Stadt aus einem Meer der Verwüstung, einem Ruinenfeld, einer Trümmerwüste ist. Das neue Warschau, das vor unseren Augen erbaut wird, dies wirkliche Auferstehungswunder, ist ein Ergebnis kollektiver Bemühungen des ganzen Volks, der Bemühungen befreiter Volksmassen.“

Das polnische Volk, das ein Polen der sozialen Gerechtigkeit aufbaut, will eine seiner würdige Hauptstadt besitzen...“

Der Sammelband „Warschau. 1945—1948“ enthält nur wenig Text, um so mehr photographische Dokumente. Im ganzen jedoch zeigt dies Sammelwerk das aufblühende Leben der Volksdemokratie nicht weniger zulänglich, als umfangreiche allgemeinwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Untersuchungen es vermöchten.

Die in dem Buch gesammelten photographischen Dokumente bestätigen anschaulich und überzeugend die Berechtigung der Worte ihrer Herausgeber, daß Warschau, in dessen tragischem Geschick sich die Leidengeschichte des ganzen polnischen Volks widerspiegelt, jetzt gemeinsam mit diesem den neuen Weg in eine glückliche Zukunft beschritten hat.

27. Januar

Die Provisorische Demokratische Regierung Griechenlands ruft das griechische Volk zur Herstellung friedlicher Verhältnisse im Lande auf. Als erste Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels wird der Abzug aller fremdländischen Truppen aus Griechenland und die Einstellung jeglicher ausländischer Einmischung bezeichnet.

28. Januar

Die Kommunistische Partei Chinas stellt der Nankingregierung die Forderung nach Verhaftung der Hauptkriegsverbrecher, in erster Reihe Tschiangkaischeks.

29. Januar

Die Föderation griechischer Seemannsverbände fordert den Sicherheitsrat, die Regierungen Großbritanniens und der USA sowie alle Gewerkschaftsorganisationen der Welt auf, bei der Rettung der 10 von den Athener Machthabern zum Tode verurteilten Führer dieser Gewerkschaften mitzuhelpen.

30. Januar

In Moskau trifft eine von Einar Modig, Vorsitzendem der Staatlichen Handelskommission Schwedens, geführte schwedische Handelsdelegation ein.

31. Januar

Das Exekutivkomitee der Weltföderation der Gewerkschaften lehnt auf seiner Tagung den Antrag des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses auf Einstellung der Tätigkeit der Föderation ab. Die Tagung nimmt die Gewerkschaftsorganisationen Chiles, Maltas, der Philippinen, Südrhodesias, Siam und Tunis in die Weltföderation auf. Mit den Obliegenheiten des Vorsitzenden der Weltföderation der Gewerkschaften wird Giuseppe Di Vittorio, der Vizevorsitzende der Föderation, betraut.

Die USA erkennen den Staat Israel und Transjordanien de jure an.

1. Februar

Abschluß der Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation der Gewerkschaften. Auf der Tagung wurde beschlossen, im Mai d. J. in Peking eine Beratung des Exekutivbüros der Föderation einzuberufen, an der Vertreter der Gewerkschaften der Länder Asiens teilnehmen sollen. Beschlossen wurde ferner die Bildung von Industrieabteilungen im Rahmen der Weltföderation.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Januar — Februar 1949

Eröffnung einer ordentlichen Tagung des Großen Sobranje Bulgariens in Sofia.

In P-hjöng-jang wird die Tagung der Obersten Volksvertretung Koreas geschlossen. Auf der Tagung wurde ein Gesetz über einen volkswirtschaftlichen Zweijahresplan angenommen.

Die norwegische Regierung legt in einer Antwort auf die Sowjetnote vom 29. Januar ihre Stellung zur Frage des Atlantikpakts dar. Aus dieser Darlegung ist ersichtlich, daß die norwegische Regierung gegenwärtig die Frage der Beteiligung an einer atlantischen Union erörtert.

Max Reimann, der Vorsitzende der kommunistischen Partei Westdeutschlands, wird von einem englischen Gericht in Düsseldorf zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

2. Februar

Die Regierung von Eire (Irland) lehnt den Anschluß an den Nordatlantikpakt ab.

Südkoreanische Polizeiaufleihungen dringen in Nordkorea ein.

3. Februar

Die Sowjetpresse veröffentlicht die Antwort J. W. Stalins vom 2. Februar auf ein Telegramm Kingsbury Smith's, des europäischen Generaldirektors der amerikanischen Agentur „International News Service“, betr. den Ort eines eventuellen Zusammentreffens J. W. Stalins mit Präsident Truman.

Der USA-Präsident Truman erklärt auf einer Pressekonferenz, daß er einen Friedenspakt mit der Sowjetunion ablehne.

England und Frankreich laden Italien zur Teilnahme an einem engen Viermächtekomitee im Rahmen der „Organisation für europäische wirtschaftliche Kooperation“ ein. Die italienische Regierung nimmt die Einladung an.

4. Februar

Veröffentlichung eines Kommuniqués des Generalstabs der chinesi-

schen Volksbefreiungsarmee über die Ergebnisse der Kampfhandlungen in den letzten 2½ Jahren. In diesem Zeitraum verloren die Kuomintangtruppen 4½ Millionen Soldaten und Offiziere. Befreit wurden annähernd 300 000 Quadratkilometer mit etwa 55 Millionen Einwohnern. Insgesamt sind jetzt 2 580 000 Quadratkilometer mit mehr als 190 Millionen Einwohnern befreit.

Das Exekutivkomitee und die Parlamentsfraktion des Demokratischen Bundes des finnischen Volkes veröffentlicht einen Protest gegen die reaktionäre Innen- und Außenpolitik der Regierung Fagerholm.

In Oslo wird der 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Norwegens eröffnet.

Schroffer Sturz der Börsenkurse und Engrospreise in den USA.

5. Februar

Die Sowjetregierung übermittelt der norwegischen Regierung eine Antwort auf die am 1. Februar erfolgte Darlegung ihrer Stellung zur Frage der atlantischen Union und schlägt ihr den Abschluß eines Nichtangriffspakts vor.

In New York findet eine vom Frauenkomitee des Nationalrats für amerikanisch-sowjetische Freundschaft einberufene Konferenz amerikanischer Frauen zum Schutze des Friedens statt.

Die norwegische Sektion der Internationalen Demokratischen Frauenföderation reicht bei der Regierung und beim Storting Protest ein gegen den möglichen Beitritt Norwegens zum Nordatlantikpakt.

Die Demokratische (katholische) Volkspartei Ungarns beschließt nach der Flucht ihres Führers Barankovics ins Ausland ihre Auflösung.

Die iranische Regierung verkündet die Auflösung der progressiven Volkspartei (Tudeh).

6. Februar

Die englische und die amerikanische Militärregierung in Berlin verbieten sowohl den Wagen- und Eisenbahnverkehr zwischen der Sowjetzone und Bizonen in beiden Richtungen, als auch den Transitgüterverkehr nach anderen Ländern.

VERLAGSANZEIGEN

VERLAG „SOWJETSKI PISATEL“ (DER SOWJETSCHRIFTSTELLER)

Neuerscheinungen:

BJELORUSSISCHE ERZÄHLUNGEN. Herausgegeben von P. Kobsarewski. 324 S., Rbl. 9,50

Der Band enthält ausgewählte Werke der bjelorusischen Schriftsteller Jakub Kolas, Kusma Tschorni, Michas Ljunkow u. a.

J. BESSONOW — Unerwarteter Umschwung. 192 S., Rbl. 4,—

Erzählungen aus dem Großen Vaterländischen Krieg.

I. I. WEXLER — Alexej Nikolajewitsch Tolstoi. Sein Lebens- und Schaffensweg. 532 S., Rbl. 17,25

S. WORONIN — Auf eigener Scholle. 310 S., Rbl. 8,50 Roman über kollektivwirtschaftliche Umsiedler.

FÜR FRIEDEN! FÜR DEMOKRATIE! Versammlung sowjetischer Dichter. 164 S., Rbl. 6,—

Gedichte von M. Aliger, N. Assejew, M. Bashan, M. Golodni, E. Dolmatowski, W. Inber, S. Marschak, N. Tichonow, S. Schtschipatschow und anderen.

M. TANK — Ausgewählte Gedichte. Aus dem Bjelorusischen. 296 S., Rbl. 11,—

A. UPIT — Grünes Land. Roman. Autorisierte Übertragung aus dem Lettischen von K. Koslowskaja und J. Kondratjewa. 926 S., Rbl. 20,—

W. SHAKESPEARE — Sonette. Übertragen von S. Marschak. Mit Holzschnitten von W. Faworski. Nachwort von M. Morosow. 198 S., Rbl. 7,—

Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur“

J. KOLAS — Ausgewählte Werke. 226 S., Rbl. 8,50 Gedichte und Auszüge aus Poemen.

J. KUPALA — Gedichte und Poeme. Aus dem Bjelorusischen. 232 S., Rbl. 9,—

A. MALYSCHKO — Ausgewählte Werke. Aus dem Ukrainischen. 278 S., Rbl. 9,50 Gedichte und Poeme.

W. MAJAKOWSKI — Ausgewählte Werke. 304 S., Rbl. 12,— Gedichte und Poeme.

L. PERWOMAIKSI — Ausgewählte Werke. Aus dem Ukrainischen. 284 S., Rbl. 10,50 Gedichte, das Poem „Die Förstersfrau“ und ein Kapitel aus dem Versroman „Des Bruders Jugend“.

L. N. SEJFULLINA — Ausgewählte Werke. 280 S., Rbl. 9,—

Inhalt: Der Sänger, Alexander von Mazedonien. Humus. Rechtsbrecher. Auf eigener Scholle. Ein Mensch.

W. SOSSJURA — Ausgewählte Werke. Aus dem Ukrainischen. 216 S., Rbl. 7,— Gedichte und Poeme.

A. TOLSTOI — Peter I. Roman. 784 S., Rbl. 17,50

P. TYTSCHINA — Ausgewählte Werke. Aus dem Ukrainischen. 212 S., Rbl. 8,— Gedichte und Poeme.

A. TSCHAPYGIN — Stepan Rasin. Roman. 632 S., Rbl. 14,25

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR

Neuerscheinungen:

A. GAIDAR — Ferne Länder. Erzählung. Illustrationen von O. Werejski. (Serie „Schülerbibliothek“.) 104 S., Rbl. 2,—

A. GAIDAR — Timur und sein Kommando. Erzählung. Illustrationen von A. Jermolajew. (Serie „Schülerbibliothek“.) 94 S., Rbl. 2,10

J. DWORJANKIN — Akademiemitglied Trofim Denissowitsch Lyssenko. (Serie „Wissenschaftler schreiben für Schüler“.) 24 S., Rbl. —,70

M. ILJIN — Mensch und Naturkraft. Wissenschaftlicher Konsulent und Herausgeber G. Bregman. Illustrationen von M. Zechanowski. 304 S., Rbl. 12,50

B. A. KELLER — Der Darwinismus und die Mitschurinsche Schule. (Serie „Wissenschaftler schreiben für Schüler“.) 46 S., Rbl. 1,20

L. KISSELJOW, E. MIKIRTUMOW u. a. — Buch des jungen Technikers. 232 S., Rbl. 7,80

D. MEDWEDJEW — Das war bei Rowno. Literarische Bearbeitung von M. Belachowa. Illustrationen von A. Jermolajew. 240 S., Rbl. 10,—

Der Verfasser des Buches ist Held der Sowjetunion und war Kommandeur einer Partisanenabteilung, die 1942—1944 im Gebiet Rowno operierte.

EIN ADLERGESCHLECHT. Gedichte über die Jugend und den Komsomol. Herausgegeben von I. Krotow und A. Besymenski. 280 S., Rbl. 7,80

A. J. FERSMAN — Unterhaltende Geochemie. Wissenschaftlicher Bearbeiter N. K. Rasumowski. Illustrationen von J. Kisseljow. 304 S., Rbl. 15,40

Alles in russischer Sprache.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEIN, SCHRIFF-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONALITÄTEN DES ÖFFEN-
LICHEN LEBENS.